INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 3/2022 • Pott und die Welt • 9,90 Euro – 2728

Pott und die Welt

Wie global ist das Revier?

Nabel und Netz

Von Martin Bialecki, Chefredakteur

Der Nabel der Welt verkörpert nach mythologischer Deutung den Weltmittelpunkt. Dieser liegt, abhängig von Kultur, Herkunft und Betrachtung, auf dem Forum Romanum, auf den Osterinseln, in der Hagia Sophia oder auf dem Domberg zu Bamberg – und für viele ganz gewiss im Ruhrgebiet. Ein fester Halt, ein Ankerplatz, das Zentrum. Hier kann man bleiben, von hier aus kann man losziehen.

Das Wesen der internationalen Politik dagegen geht von vielen Zentren aus, von veränderbaren Gewissheiten und volatiler Macht. Wie passt das zusammen, Pott und die Welt, Nabel und Netz?

Dieses *IP* Special in Kooperation mit der Stiftung Mercator ist kein Heft für das Ruhrgebiet. Es nimmt diesen gewaltigen Ballungsraum vielmehr als Chiffre für das Große im Kleinen. Pott und Welt sind ja keine berührungsfreien Systeme. Anhand dieser besonderen deutschen Großregion lässt sich beispielhaft zeigen, wie verwoben Netz und Nabel sind, wie sehr das eine das andere wechselseitig bedingt und herausfordert, hält und hinterfragt.

So viele große, grenzüberschreitende Themen dieser Zeit lassen sich „vor Ort" spiegeln. Einige Beispiele: Über Jahrzehnte und bis heute hat die Migration das Ruhrgebiet geprägt. Wie erlebt eine Journalistin „ihr" Ruhrgebiet, die hier geboren ist, deren Familie aber zum Teil aus Marokko stammt? Oder die Globalisierung. Dass Wirtschaften heute weltumspannend ist: geschenkt. Aber warum ist es eben nicht egal, wem der größte Binnenhafen der Welt gehört, der in Duisburg? Der mögliche Endpunkt der chinesischen „Neuen Seidenstraße" im Besitz einer autoritären Großmacht – im Herzen Europas?

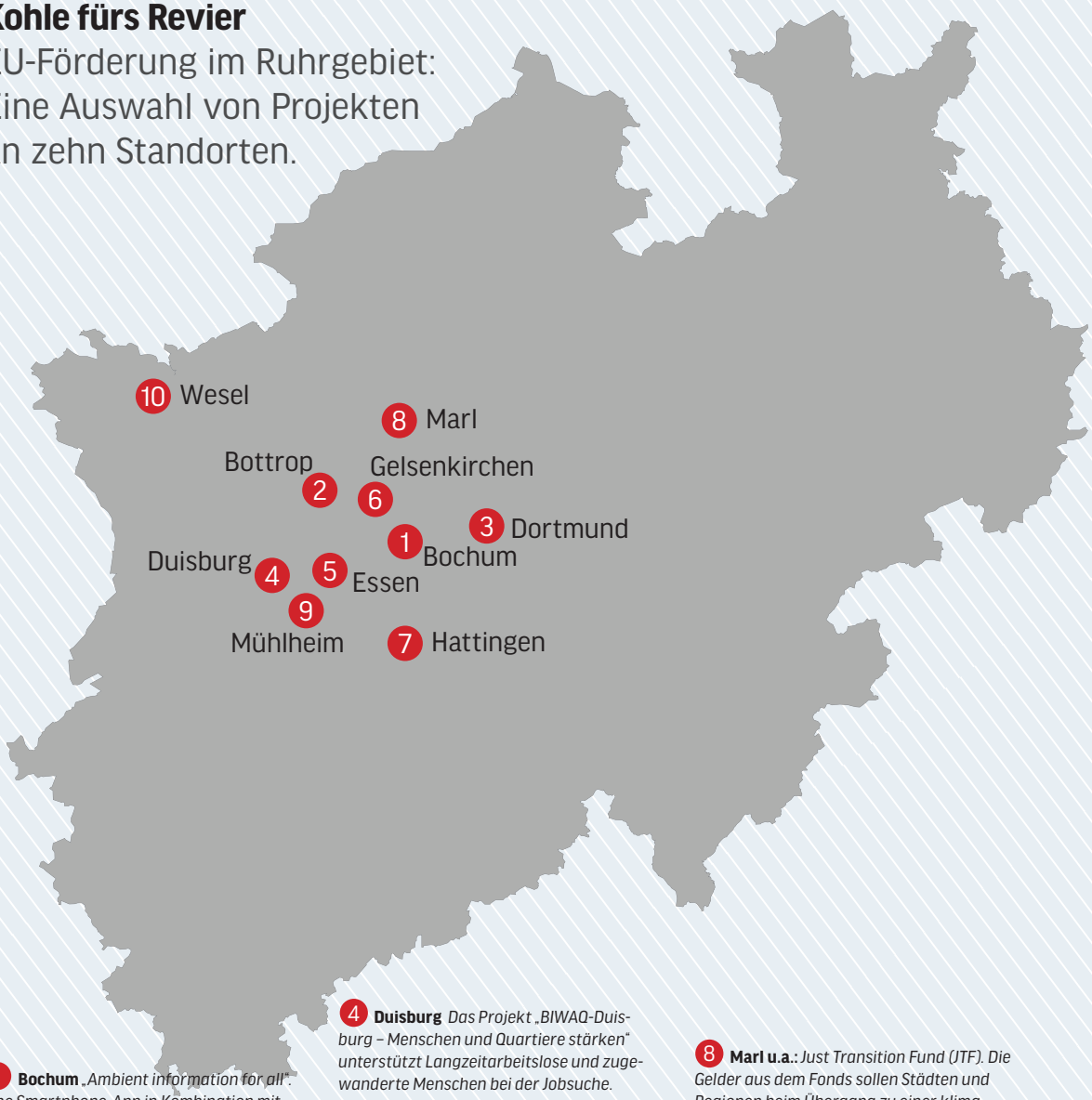
Bild nur in Printausgabe verfügbar

Städte wie Dortmund sind längst als diplomatische Akteure auf der internationalen Bühne unterwegs. Am Beispiel Essens, der „Grünen Hauptstadt Europas 2017", lassen sich Herausforderungen von Klima und Nachhaltigkeit diskutieren. Und dann wäre da noch die Frage, warum denn nur im politischen Berlin über Politik (ja, auch Außenpolitik) gestritten werden sollte, aber nicht in der „Fläche" Deutschlands? Wertschöpfung muss ja nicht nur ökonomisch gemeint sein.

So viele Fragen! Und so viel zu erzählen. „Im Grunde kehrt alles Große in der Welt auch im Kleinen wieder, wenn man es nur erkennen will" (Alexander von Humboldt). In diesem Sinne: Die *IP*-Redaktion wünscht gute Erkenntnisse und grüßt Sie sehr herzlich.

Kohle fürs Revier

EU-Förderung im Ruhrgebiet: Eine Auswahl von Projekten an zehn Standorten.



1 **Bochum** *„Ambient information for all". Eine Smartphone-App in Kombination mit realen Lern- und Erlebnisstationen für den Tierpark Bochum.*

2 **Bottrop** *ProRetro („Promoting building retrofits in the private residential sector through one-stop-shops in Germany"). Das Projekt unterstützt Hausbesitzerinnen und -besitzer bei der Gebäudesanierung.*

3 **Dortmund** *proGIreg („Productive green infrastructure for post-industrial urban regeneration"). Durch die Einrichtung von „Lebendigen Laboren" wird die Begrünung zuvor industriell geprägter Viertel gefördert.*

4 **Duisburg** *Das Projekt „BIWAQ-Duisburg – Menschen und Quartiere stärken" unterstützt Langzeitarbeitslose und zugewanderte Menschen bei der Jobsuche.*

5 **Essen** *Forschungsprojekt CLEVER Cities („Co-designing locally tailored ecological solutions for value added, socially inclusive regeneration in cities"), das Städte in Europa und weltweit bei der grünen Transformation unterstützt.*

6 **Gelsenkirchen** *Heilig-Kreuz-Kirche. Die ehemalige Kirche wird zu einem Veranstaltungsort für Kulturevents und Kongresse umfunktioniert.*

7 **Hattingen** *Potenzialberatung in der AVOLA-Maschinenfabrik.*

8 **Marl u.a.:** *Just Transition Fund (JTF). Die Gelder aus dem Fonds sollen Städten und Regionen beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft helfen, etwa bei der Bewältigung der Folgen des Kohleausstiegs.*

9 **Mülheim an der Ruhr** *„Empowering patients by professional stress avoidance and recovery services". Entwicklung eines Konzepts, das Patienten von dem Stress entlastet, den Operationen oder andere Behandlungen mit sich bringen.*

10 **Wesel (Kreis)** *„Evolving regions – NRW wird klimarobust". Acht Regionen werden bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt.*

Inhalt

Perlen unter Patina
Welthandel, Bildung, Vielfalt: Es passiert einiges im Ruhrgebiet, aber das wird außerhalb des Reviers kaum wahrgenommen. Die Region braucht Aufmerksamkeit. *Von Anna Mayr* 4

Eine gemischte Tüte, bitte!
Marokko oder Deutschland? Marl oder Marrakesch? Islam oder Christentum? Migrationshinter- oder -vordergrund? Vom Aufwachsen zwischen und mit zwei Kulturen. *Von Mona Ameziane* 10

Wanderung und Wirklichkeit
Eine gewisse Aufgeregtheit dominiert die Schlagzeilen zur Migration im Ruhrgebiet. Ein nüchterner Blick auf die Fakten könnte da helfen. *Von Ann-Kristin Marx* 16

Vom Kohlenpott zur Seidenstraße
Die Wirtschafts- und Forschungsgemeinschaft mit China hilft dem Ruhrgebiet, den Strukturwandel zu bewältigen. Doch an Risiken mangelt es dabei nicht. *Von Tim Rühlig* 22

Sprecht mit ihnen
Deutschlands Außenpolitik hat den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern entdeckt, ob im Amt in Berlin oder vor Ort – etwa im Ruhrgebiet. *Von Sarah Brockmeier* 30

„Unsere Formel lautete: Von grau zu grün“
Wie wird man Umwelthauptstadt Europas? Essens Klimaschutzbeauftragter über Radfahrer, Zeitreisende und einen historischen Strukturwandel. *Interview mit Kai Lipsius* 34

Stadt, Land, Welt
Berlin muss die Kommunen stärker bei seinen auswärtigen Beziehungen berücksichtigen, sonst verliert man den Anschluss – nach außen wie nach innen. *Von Martin van der Pütten* 42

Impressum 48

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Farben des Reviers: der Sri-Kamadchi-Ampal-Tempel in Hamm, zweitgrößter Hindu-Tempel in Europa.

Perlen unter Patina

Welthandel, Bildung, kulturelle Vielfalt: Es passiert einiges im Ruhrgebiet, aber das wird außerhalb des Reviers kaum wahrgenommen. Vielleicht liegt das auch daran, dass weder Bürger noch Politikerinnen vom Rest der Gesellschaft eine Ressource einfordern, die die Region dringend bräuchte: Aufmerksamkeit.

Von Anna Mayr

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Lasst uns doch in den Park gehen. Sagte die Mitbewohnerin, die ich noch nicht lange kannte. Es war ein warmer Sommertag, abends, ich war gerade aus dem Büro gekommen, man konnte noch ohne Jacke rausgehen. Klar, sagte ich, gern. Park, warum nicht. Super Idee, sagte auch der andere Mitbewohner, den ich noch nicht lange kannte.

Wir liefen also ein paar Minuten durch die Straßen der Stadt Essen. Ich kann mich nicht genau an den Weg erinnern, es ist ein paar Jahre her. Wenn Sie mich heute dorthin zurückbrächten, würde ich den Park nicht finden. Aber ich weiß noch, dass wir irgendwann vor einer, Pardon, vollgeschissenen Wiese standen. Kurzes, angebräuntes Gras, und überall, überall Kanadagänse. Die Wiese, das verstand ich, als wir einmal um sie herumliefen (die Mitbewohner hatten vorgeschlagen, „spazieren zu gehen“) gehörte zu einem Neubaugebiet. Häuser mit drei, vier Etagen, ein paar Townhouses dazwischen, mit kleinem Gartenanteil, Sondernutzungsrecht. Die Hecken waren noch ganz kurz, gerade erst eingepflanzt. Alle Bänke um die Wiese herum waren leer, wir wollten uns setzen, um eine Zigarette zu rauchen.

Am Wasser? Fragte die Mitbewohnerin. Klar, sagte ich. Das Wasser, auf das man von der Bank aus blickte, war ein Betongraben, etwa drei Meter breit, mit Kanadagänsen drin, auch bräunlich. Also das Wasser, aber die Gänse auch. Auf der anderen Seite des, naja, Ufers stand ein Townhouse. Wir konnten einer Familie dabei zusehen, wie sie ihren Abend verbrachte, und die Familie konnte uns dabei zusehen, wie wir rauchten. Mücken flogen um meine Beine herum. Die Mitbewohner tranken Bier. Ich wollte sie fragen, ob sie das ernst meinten, diese piefige Grünfläche als Park zu bezeichnen. Sich genüsslich hinzusetzen an einem Ort, der gerade erst aufgeschüttet wurde. Aber ich traute mich nicht.

Bis zu diesem Abend hatte ich gedacht, dass ich zurückmüsste. Ins Ruhrgebiet. Dass ich nur hier „ich selbst“ sein könnte. Ich war nämlich kurz vorher nach München gezogen, wegen der Ausbildung, und hasste es. Alles war so sauber. Nirgends Graffiti. Die Leute liefen langsam und pöbelten nicht, jedes Fahrrad kostete mehr als alle meine Nahrungsmittel für ein halbes Jahr, jedes Auto kostete mehr als alles, was ich jemals auf meinem Konto haben zu können glaubte. Ich sehnte mich nach zuhause.

Nach Dortmund, Essen, Duisburg, sogar ein bisschen nach Gelsenkirchen und Castrop. Nach den Städten, die alle gleich aussehen: ein Bahnhof mit Herumlungernden davor, eine Fußgängerzone, in der Jungs in Fußballschuhen ihr ganzes Geld für ein neues Paar Fußballschuhe ausgeben, drumherum die Wohnbebauung der Nachkriegszeit. Kleine Fenster, verputzte Fassaden. Steine. Beton. Dreck. Man weiß nicht mal, woher dieser Dreck kommt, denn die Kohleförderung gibt es nicht mehr und Mülleimer für den herumliegenden Abfall gäbe es ja auch – aber es ist einfach immer überall ziemlich dreckig. „Patina eben!“ Sagte ich zu meinen Münchner Freunden, um ihnen zu erklären, dass man Dreck auch schönere Namen geben kann, und stieg in den Zug nach Hause, zog in eine WG nach Essen, übergangsweise.

Heute wohne ich in Berlin. Und trage in den schlimmsten Momenten, wenn ich neue Leute kennenlerne, diesen Stolz vor mir her, den Ruhrgebiets-Expats haben. Ach, du kommst aus Duisburg? Mensch, ich bin auch da aus der Ecke. Jetzt weiß ich, warum ich dich so gerne mag. Ruhrgebiet ist einfach geil, oder? Jaaa, total. Die Leute! Die Mentalität! Wie oft bist du noch da? Ach, das letzte Mal Weihnachten.

Anna Mayr
wurde im Ruhrgebiet geboren. Nach dem Studium in Köln folgte die Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München. Seit 2020 ist sie Redakteurin im Hauptstadtbüro der *ZEIT* in Berlin.

Superlative im grauen Alltag

Deutschland hat das Ruhrgebiet ein bisschen vergessen, über all die Krisen, die noch zu händeln sind. Dabei ist das Ruhrgebiet die am dichtesten besiedelte Region Deutschlands, quasi die größte Großstadt, die wir haben. Als wir das in der Schule lernten, waren wir Kinder etwas stolz darauf, weil es wenigstens irgendein Superlativ war im sonst recht grauen Alltag.

Der durchschnittliche Ruhrgebietseinwohner stört sich nicht an Migration

Aber: Wenn es darum geht, wo sich die meisten Leute mit Corona anstecken, dann schaut man eher in die Plattenbausiedlungen von Köln oder Berlin als in die Dortmunder Nordstadt. Wenn es darum geht, wo viele Leute rechts wählen, weil sie sich „abgehängt" fühlen, dann schaut man eher nach Sachsen als nach Duisburg-Marxloh. Wenn es darum geht, wo der Klimaschutz umgesetzt werden muss, dann schaut man zuerst in die Lausitz, wo die Leute arbeitslos werden, wenn die Kohleförderung aufhört, und dann in die ländlichen Räume, wo die Leute sauer auf die Politik sind, weil plötzlich überall Windräder stehen sollen. Natürlich gäbe es all diese Themen auch im Ruhrgebiet. Aber fragen Sie mal jemanden in Berlin oder Hamburg, wo das Ruhrgebiet liegt. Die sagen dann immer: Düsseldorf.

Selbstmitleid bringt nichts, es steht dem Ruhrgebiet auch nicht. Aber natürlich kommt ein Ungerechtigkeitsgefühl auf. Als ich mit 18 Jahren zum ersten Mal in Leipzig war, haute mich alles komplett um. Da stand eine Universität in der Stadt, die aussah wie eine Kirche aus Glas. Da wohnten die Leute in wunderschönen Altbauten. Die Straßen waren breit, die Bäume grün. In meiner Erinnerung war es die ganze Zeit hell. Ich hatte die Dörfer in Brandenburg und Sachsen noch nicht gesehen, die Tristesse, den Leerstand, die Armut. Ich hatte noch nicht verstanden, dass zwar die Städte mit viel Geld saniert wurden, die Menschen und ihre Perspektiven allerdings nicht. Aber in diesem Moment, in dieser Stadt, verstand ich wirklich gar nicht, wie man sich „abgehängt" fühlen soll, wenn alles so schön ist.

Im Ruhrgebiet wählen verhältnismäßig wenige Menschen die AfD. Nicht mal 7 Prozent waren es bei der Bundestagswahl im letzten Jahr in Dortmund, zum Beispiel. In Gelsenkirchen, der Stadt, die eine der höchsten Arbeitslosenquoten der Bundesrepublik hat, waren es knapp 13 Prozent. Der durchschnittliche Ruhrgebietseinwohner, das ist jetzt private Empirie, stört sich nicht an Migration.

Mag daran liegen, wie wir aufgewachsen sind. In meiner Grundschulklasse hießen zwei Mädchen Oksana, aber nur eins Lisa. Unsere Musiklehrerin bat in der ersten Stunde alle Kinder darum, ihr die Formulierung für „Guten Morgen" in ihrer Muttersprache zu sagen. Sie machte daraus ein Lied, das wir am Anfang jeder Stunde singen mussten, es endete mit „kalimera / kalimera / strasti / strasti", und manchmal summe ich es heute noch.

Wir wussten nicht, dass es Städte gibt, Landkreise, Orte, in denen die meisten Kinder in den Grundschulen deutsch sind. In denen es sogar komisch sein könnte, wenn die Eltern aus einem anderen Land kommen. Es wäre die perfekte interkulturelle Paradieswelt gewesen, meine Grundschule, wenn es nicht auch so gewesen wäre: Die biodeutschen Kinder kamen aufs Gymnasium, die anderen nicht alle.

An Bildung denkt man irgendwie nicht, wenn man ans Ruhrgebiet denkt. Sie

wussten wahrscheinlich noch nicht, dass es hier die dichteste Hochschullandschaft in ganz Europa gibt? 22 Unis sind es, eine ist sogar über zwei Städte verteilt: Universität Duisburg-Essen. Praktisch, weil die Städte sowieso quasi ineinander liegen. Die Universität Duisburg gab es eigentlich schon 1655, aber 1818 wurde sie aufgelöst und in Bonn neu gegründet. Das ist so eine goldene Regel im Ruhrgebiet: Wenn es mal etwas Gutes gibt, dann verschwindet es ins Rheinland – auch die Büros, die Verwaltungen der Kohle- und Stahlindustrie zogen nach Düsseldorf, an den Rhein. Zur besseren Luft. Mit ihnen das Geld.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Die dichteste Hochschullandschaft ganz Europas liegt im Ruhrgebiet: Blick auf den „Mathetower" der Technischen Universität Dortmund.

Eine eigene Art von Idylle

Aber die Leute, die im Ruhrgebiet leben, wollen nicht unbedingt hören, dass es dort, naja, schöner sein könnte. Sie glorifizieren weiterhin den Bergbau. Sie lieben die Industriekultur, die Folklore, die sich um die Industrialisierung rankt. Sie haben sich damit abgefunden, wie es ist.

Eine eigene Art von Idylle – eine Idylle, in der Parks eigentlich Neubaugebiete sind und in der Radwege im Nichts enden. Eine Idylle, in der es Seen gibt, in denen man nicht schwimmen darf, und Wälder, durch die man recht schnell hindurch spaziert ist. Sie haben sich auch an vielen Orten mit einer Politik abgefunden, die saturiert ist. Der Journalist Stefan Laurin hat das sehr schön aufgeschrieben in einem kleinen Buch, es heißt „Das Ruhrgebiet ist am Ende" und handelt etwa von der großen Frage, warum das Ruhrgebiet über so lange Zeit nicht zu einer Region wurde, mit einer gemeinsamen, verbindlichen Regionalplanung. Ich fasse Ihnen die Antwort kurz zusammen: Da waren viele Egos im Weg.

Aber es ist ja auch so: Warum sollte man politisch mit irgendetwas voranpreschen, wenn es erstens schon genug Probleme gibt und zweitens aus der Bevölkerung kaum Forderungen kommen. Nach Freiräumen. Nach Dingen, die schön sind. Man gibt sich mit wenig zufrieden: In Dortmund wurde vor ein paar Jahren der Busbahnhof abgerissen, der wirklich sehr hässlich war. Nun steht an der gleichen Stelle das „Fußballmuseum", ein Ticket für einen Erwachsenen kostet 19 Euro. Es ist ein weiteres dieser Großprojekte, die die Städte beleben sollen, Besucher anlocken. Nur schade, dass die auswärtigen Besucher des Fußballmuseums nicht viel mehr von Dortmund sehen als den Bahnhof und den Eingang zum Museum. Wäre es nicht schön, wenn mal etwas zur Ver-

besserung der Lebens- und Luftqualität gebaut würde?

„Wir haben doch das Schauspielhaus“, sagen die Leute in Bochum – das ist doch toll, das reicht. „Wir haben die Oper“, sagen die Leute in Essen – und es stimmt, es ist eine super Oper. Die Leute in Bottrop haben den Movie Park, darauf sind sie auch stolz. Die Vergleichsgröße für das Wohlfühlen an ihrem Wohnort ist für die Menschen im Ruhrgebiet nie das, was vielleicht einmal sein könnte. Sie träumen nicht. Sondern sie vergleichen mit dem, was früher war. Früher hatten wir kein Schauspielhaus, keine Oper, keinen Freizeitpark. Dafür war die Wäsche immer dreckig, wenn sie draußen hing. „Heute is’ besser.“

Der derzeitige Dortmunder Bürgermeister Thomas Westphal kommt aus Lübeck. Er kam ins Amt mit dem Slogan „Besser werden, Dortmund bleiben“. Naja. Bevor Westphal Bürgermeister wurde, war er Juso-Vorsitzender, anschließend arbeitete er für die Wirtschaftsförderung des Ruhrgebiets, die ironischerweise „Metropole Ruhr“ heißt. Ebenfalls ein Marketingslogan, der letztendlich sinnlos ist. Denn das Ruhrgebiet ist mit seinen vielen verschiedenen Zentren allenfalls eine Metropolregion. Die Gesellschaft will mit dem Metropolen-Claim auf jeden Fall als „Impulsgeber die Metropole Ruhr für zukunftsweisende Projekte weiterentwickeln sowie das Image des Wirtschaftsstandorts als leistungsstarke und innovative Region national und international fördern“.

Das ist, was alle wollen, das ist, worauf sich Politik fokussiert. Unternehmensansiedlungen, Arbeitsplätze. Das Ruhrgebiet wurde umgegraben, sein Untergrund wurde ausverkauft. Nun konzentriert sich Politik darauf, den Boden zu verkaufen, die Oberfläche, die übrig geblieben ist. Es ist mühsam, das zu kritisieren. Tatsächlich kommt die Forcierung von ökonomischer Weiterentwicklung zu spät, man hätte bereits in den achtziger, neunziger Jahren damit anfangen sollen. Leider dachte man damals noch, der Markt würde die meisten Dinge von alleine regeln.

In Duisburg landen Containerzüge aus China, Herne sieht sich als künftiger Logistik-Hotspot

In manchen Städten, in Essen etwa oder in Herne, funktioniert das Ankurbeln der Wirtschaft sehr gut. Fünf der 50 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands haben ihren Hauptsitz in Essen, Aldi etwa baut dort gerade an einem neuen Bürogebäude. Auf ihrer Website wirbt die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft damit, dass es seit 2010 sogar eine internationale Schule gibt, mit Ganztagsbetreuung und angeschlossenem Kindergarten. Und in Herne, beziehungsweise im nahegelegenen Duisburg, kam im Juni ein Containerzug aus China an – die Chinesen wollen ja eine sogenannte „Neue Seidenstraße“ einrichten. Handelsrouten, durch die ganze Welt; denn Züge sind zwar langsamer als Flugzeuge, aber deutlich günstiger. Herne sieht sich als zukünftiger Logistik-Hotspot, ebenfalls im Juni reiste eine Delegation aus dem Ruhrgebiet nach Kentucky, um mit UPS in Kontakt zu kommen.

Es passiert hier also viel, aber das viele ist nicht direkt fühlbar, und es wird vor allem im Rest von Deutschland kaum bemerkt. Vielleicht liegt das auch daran, dass weder Bürger noch Politikerinnen vom Rest der Gesellschaft eine entscheidende Ressource einfordern, die die Region dringend bräuchte: Aufmerksamkeit. IP

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Eine gemischte Tüte, bitte!

Marokko oder Deutschland? Marl oder Marrakesch? Islam oder Christentum? Migrationshinter- oder -vordergrund? Und wieso ist das mit der Herkunft überhaupt so wichtig? Vom Aufwachsen zwischen und mit zwei Kulturen.

Von Mona Ameziane

Als ich feststellen musste, dass es gar nicht so einfach ist, fremden Menschen in einem Halbsatz meine Herkunft zu erklären, war ich gerade vier Jahre alt. Ein Animateur hatte mich im All-Inclusive-Urlaub mit meinen Eltern aus dem Publikum gefischt und auf eine kleine Bühne getragen, um für ein Losspiel des Hotels Glücksfee zu spielen. Bevor ich jedoch in seinen Zylinder greifen konnte, um einen Zettel zu ziehen, fragte er mich nach meinem Namen und woher ich käme. Ich beugte mich über das Mikrofon und antwortete: „Ich komme aus halb Marokko und halb Deutschland." Das Publikum lachte laut auf und ich verstand zum ersten Mal in meinem Leben die Welt nicht mehr.

Seit diesem Tag sind 24 Jahre vergangen, die ich zu allergrößten Teilen im Ruhrgebiet, zu kleineren Teilen in Köln und im Norden Marokkos und zum Glück überhaupt nicht mehr auf provisorischen Hotelbühnen verbracht habe. Als ich Kind war, entschieden meine Eltern, wann ich neue Winterschuhe brauchte, dass zuerst das Sandmännchen und dann „Wissen macht Ah!" im Fernsehen lief, dass der Käse in Mausform auf meinem Brot lag, dass das Brot einen Roggenanteil von 80 Prozent hatte, dass ich im Kindergarten Osterhasen basteln sollte, während zu Hause im Käfig die echten saßen, dass es bei jedem Einkauf eine Scheibe Mortadella gab und dass ich in Freundebüchern unter dem Punkt „Wohnort" keine marokkanische, sondern eine deutsche Stadt eintragen musste.

Trotzdem sollten mein Bruder und ich immer auch daran erinnert werden, dass Deutschland nicht unser einziges Zuhause ist. Wir tragen beide marokkanische Vornamen, haben zwei Muttersprachen, die Mortadella beim Einkaufen war nie aus Schweinefleisch, und gefühlt zu jeder erdenklichen Ferienzeit saßen wir im Flieger Richtung Marokko. Mit den Jahren habe ich nicht nur gelernt, wie man liest, schwimmt, Schach spielt, auf Händen läuft, einen Knopf annäht, Versicherungen abschließt, Niederlagen einsteckt und Freundschaften pflegt. Ich habe auch gelernt, was es bedeutet, zwischen zwei Welten aufzuwachsen. Zwischen Westeuropa und Nordafrika, zwischen Deutschland und Marokko, zwischen Marl und Marrakesch. Ich bin auf dem Papier in zwei Ländern dieser Welt zu Hause, aber in keinem von beiden zu 100 Prozent.

Ich kann das Vaterunser auswendig und sieben Suren aus dem Koran aufsagen, aber ich weiß bis heute nicht, was meine Konfession ist. Ich habe seit fast zehn Jahren einen Freund in Deutschland, von dem meine Familie in Marokko immer noch nichts weiß. Ich werde von Taxifahrern in Agadir übers Ohr gehauen, aber auch von Nazis in Dortmund angepöbelt. Und wie schon vor 24 Jahren, stoße ich auch heute immer wieder an Grenzen, wenn es darum geht, das zu beschreiben, was ich bin oder Label zu sortieren, die andere mir verpassen.

„Du als Woman of Color musst doch ein besonderes Interesse daran haben, dass Rassismus in der Buchbranche keinen Platz hat", schrieb mir beispielsweise im Oktober jemand bei Instagram. An diesem Abend sollte die Frankfurter Buchmesse eröffnet werden und ich als Moderatorin der Veranstaltung auf der Bühne stehen. Tags zuvor hatte eine Autorin ihre Teilnahme an der Messe abgesagt, weil sie sich durch die Präsenz rechter Verlage bedroht fühlte. Das führte dazu, dass ich plötzlich dutzende Nachrichten erhielt, in denen ich gebeten, aufgefordert oder regelrecht bedrängt wurde, den Fall am Abend auf der Bühne zu erwähnen.

Mit klopfendem Herzen schloss ich die oben zitierte Nachricht, öffnete die

Mona Ameziane, geboren in Marl, arbeitet als freie Journalistin und Moderatorin im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. 2021 erschien ihr Buch: „Auf Basidis Dach" (KiWi).

nächste und las: „Ich bin mir ziemlich sicher, dass du das Thema bei der Eröffnung nicht ansprechen wirst. Das ist halt dein White Privilege.“ Ich stockte. Vor 30 Sekunden hatte mich noch jemand als „Woman of Color“ bezeichnet, jetzt ging es plötzlich um mein Privileg, weiß zu sein, und in wenigen Stunden sollte ich geordnet und selbstsicher auf der Bühne in der Frankfurter Festhalle vor 500 geladenen Gästen und einer Livestream-Kamera stehen. Etwas fahrig und verwirrt tat ich deshalb das einzig Sinnvolle in dieser Situation: Ich löschte die Instagram-App von meinem Handy und verschob alle großen und kleinen Identitätsfragen auf den nächsten Tag.

Vor 30 Sekunden hatte mich noch jemand als „Woman of Color“ bezeichnet, jetzt ging es um mein Privileg, weiß zu sein

Nicht mehr als ein Ferienziel

Die Grundzüge meiner Familienkonstellation sind schnell erklärt: Mein Vater ist Marokkaner, meine Mutter ist Deutsche. In Marokko nennt man mich deshalb „nos-nos“, was wörtlich übersetzt so viel bedeutet wie „halb-halb“, umgangssprachlich aber vor allem die Bezeichnung für einen Milchkaffee (halb Milch, halb Kaffee) ist. Im englischsprachigen Raum gibt es das Wort „mixed“, das mir ebenfalls ganz gut gefällt. Leider klingt die deutsche Übersetzung „gemischt“, als sei ich eine bunte Tüte vom Kiosk nebenan, und das Substantiv „Mischling“, als sei meine Mutter eine Pudeldame und mein Vater ein Cockerspaniel.

Deshalb bin ich hier in Deutschland, je nach Situation, Tagesform oder Gegenüber, Deutsche oder Marokkanerin, beides zu 50 oder beides zu 100 Prozent. Mal bin ich zwischen zwei Kulturen aufgewachsen, mal mit zwei Kulturen. Mal erzähle ich von meiner Herkunft, mal von meinen Wurzeln und meine damit immer etwas, das sich für mich den Großteil meines Lebens irgendwie weit weg angefühlt hat. Oder noch schlimmer: nach Urlaub.

Sollten Wurzeln nicht eigentlich das Wichtigste für einen Organismus sein? Etwas, das den Ursprung von allem bildet und niemals vergessen werden darf? Und wieso ist das mit der Herkunft überhaupt so entscheidend? Also für andere. Und für mich. Ich habe mich schon häufiger bei dem Gedanken ertappt, dass ich Menschen wie die Journalistin und Moderatorin Dunja Hayali beneide, weil sie ganz selbstbewusst und öffentlich von ihrem Migrationsvordergrund sprechen. Den will ich auch, doch wenn ich ehrlich zu mir bin, dann war Marokko immer sehr viel in meinem Leben, aber selten im Vordergrund.

Ich bin in Deutschland geboren und aufgewachsen, habe hier das gesamte Bildungssystem durchlaufen und arbeite seit Jahren als Journalistin und Moderatorin beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Marokko war dagegen lange Zeit nicht mehr als ein Ferienziel für mich. Die immer gleiche Pausentaste. Letzter Schultag, ab ins Flugzeug, drei Wochen bei meinen Großeltern in Fès, ein bisschen rumfahren, viel rumsitzen, wenig verstehen und wieder zurück.

Als Kind konnte ich mir erst mal lange Zeit nichts Besseres vorstellen. Ich wurde daher auch nicht müde, damit anzugeben, dass meine Großeltern im echten Afrika leben und ich schon so oft (ein Hoch auf die Zeiten, in denen man Zahlen noch mit den Fingern gezeigt hat) da gewesen bin. Mit

Sicherheit war ich auch schuld daran, dass sehr viele Kinder in meiner Grundschulklasse dachten, Marokko sei eine große Savanne mit freilaufenden Giraffen- und Löwenfamilien. Zu meiner Verteidigung muss ich sagen, dass ich das nie behauptet habe. Ich habe es eventuell nur nicht vehement genug bestritten.

Als Teenager hatte sich die Sache dann erledigt, weil ich auf einmal viel lieber, wie alle anderen, in den Ferien nach Amrum, Usedom oder Dänemark gefahren wäre, statt immer wieder nach Fès. Heute klingt das total irre, aber mit 15 Jahren hat sich „Anderssein" leider noch nicht nach etwas Besonderem angefühlt, sondern nach etwas sehr Einsamem, das es um jeden Preis zu vermeiden galt.

Deshalb gab es viele Momente, in denen ich gerne gewesen wäre wie die meisten Laras, Meikes, Janas und Annas um mich herum. Zum Beispiel, wenn ich sah, wie locker andere Eltern mit dem Thema „Alkohol" umgingen, während ich nicht mal eine leere Sektflasche in den Keller tragen oder beim Straßenfest im Bierwagen helfen durfte.

Ohne meinen marokkanischen Vater wäre ich sicher häufiger frühmorgens aus irgendwelchen Clubs gewankt, und mein Freund hätte im Jahr vor unserem Abitur ohne wochenlange Diskussionen und die unendliche Unterstützung meiner Mutter bei uns übernachten dürfen. Andererseits wäre beides mit großer Wahrscheinlichkeit niemals möglich gewesen, wenn ich in Marokko aufgewachsen wäre. Es gibt, selbst in extrem westlich geprägten und modernen Gegenden, hunderte Malikas, Fatimas und Jamilas, die nicht mal Freundinnen über Nacht zu sich nach Hause einladen dürfen, von Mädchen in konservativeren

Bad im Pott: Geboren und aufgewachsen in Marl/Ruhrgebiet (Bild unten), war Marokko (Bild Seite 10) für die Autorin lange nicht mehr als ein Ferienziel, „die immergleiche Pausentaste".

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Städten wie Fès oder auf dem Land ganz zu schweigen.

Manchmal schäme ich mich dafür, dass ich so oft vergessen habe, mit welchen Prinzipien und Regeln mein Vater aufgewachsen ist, dass er sich in vielen Momenten weit von seiner eigenen Kultur entfernt und es mir trotzdem nicht gereicht hat.

Um mir seine Sicht der Dinge zu verdeutlichen, zog er vor vielen Jahren mal einen interessanten Vergleich. Es war ein Samstagabend, ich war 17 Jahre alt und stand in der Tür zum Wohnzimmer, eingehüllt in eine Wolke aus Christina Aguilera und einen schwarzen engen Rock von H&M. Mein Vater saß mit meiner Mutter auf dem Sofa und sagte bei meinem Anblick: „Stell dir vor, wir wären vor deiner Geburt nach Marokko gezogen und du hättest mit 14 Jahren auf einmal ein Kopftuch tragen wollen." Komische Vorstellung, aber nicht unmöglich. „Mama wäre ausgeflippt und hätte sicherlich alles getan, um das zu verhindern. Es gehört nicht zu ihrer Kultur, sie hätte dafür kein Verständnis gehabt, und du bist auch ihr Kind. Genauso fühlt es sich für mich an, wenn ich sehe, dass du jetzt in diesem Rock mein Haus verlassen und irgendwo feiern gehen möchtest."

„Irgendwann wirst du merken, dass es ein Geschenk ist, in zwei Ländern dieser Welt zu Hause zu sein"

Das war einer der Momente, in denen auch meine Mutter keine Argumente mehr für mich hatte und nur stumm nicken konnte. Sorry, da hat er einen Punkt, sagte ihr Blick. Ich nahm das alles wahr und fand es unfair, wusste aber auch, dass ich nicht zu widersprechen brauchte. Stattdessen nutzte ich all meine Energie dafür, möglichst schnell ein möglichst gutes Alternativoutfit zusammenzustellen. Vielleicht würden Röhrenjeans die Sachlage verändern, dachte ich. Vielleicht lassen sie mich dann doch gehen.

Ganz oben auf der Privilegienleiter

Dass ich meinem Vater tatsächlich recht geben musste, merkte ich erst viele Jahre später, als der Reiz von Großraumdiscos längst verpufft war und ich meine Sammlung an Schlauchröcken zu alternativen Putzlappen umfunktioniert hatte. Ich dachte an einen Satz, den ich in meiner Kindheit häufig gehört und – wie so viele Sätze von Eltern – nicht ernst genommen hatte: „Irgendwann wirst du merken, dass es ein Geschenk ist, in zwei Ländern dieser Welt zu Hause zu sein." Das hat mein Vater zum Beispiel auch an dem Nachmittag zu mir gesagt, als wir stundenlang in einem Warteraum im Konsulat in Düsseldorf saßen, um meinen marokkanischen Personalausweis zu beantragen. Ich weiß noch, dass ich mich immer wieder gefragt habe, ob das wirklich sein müsse, immerhin hatte ich ja einen deutschen Ausweis und einen Reisepass, und damit kam ich ohne Probleme überall hin.

Heute schäme ich mich ein bisschen für diese Gedanken. Ich weiß es immer mehr zu schätzen, wie sehr ich in meinem Leben davon profitiere, in zwei Ländern der Welt zu Hause zu sein, denn mir ist bewusst, dass es in Deutschland viele Menschen gibt, die das so nicht sagen können. Weil es in ihrem Fall nicht stimmt. Weil ihre familiäre Herkunft ihnen im Alltag zum Nachteil wird, sie stigmatisiert und diskriminiert werden aufgrund ihrer Hautfarben, ihrer Bärte, ihrer Kopftücher, ihrer Sprachen.

Wenn mein Vater, mein Bruder, Freundinnen oder Fremde von ihren Erfahrungen mit Alltagsrassismus berichten, dann nicke ich, weil ich mir vorstellen kann, wie schmerzhaft das sein muss. Nachfühlen kann ich es – wenn ich ehrlich zu mir bin – jedoch nicht, denn die Momente, in denen mich jemand latent anders behandelt, weil ich auch Marokkanerin bin, sind selten negativ.

„Du Glückliche wirst wie eine Weiße behandelt und nimmst trotzdem alle Migrationsvorteile mit", hat sogar mal eine Kollegin zu mir gesagt, und es klang wie eine Mischung aus Feststellung und Vorwurf. Ich hätte ihr gerne widersprochen, aber ich tat es nicht. Weil ich nicht wusste, wie. Meine Hautfarbe könnte überall in Deutschland als gesunde Urlaubsbräune durchgehen, mein Name klingt exotisch, aber nicht zu fremd, ich spreche dreieinhalb Sprachen fließend, war als Kind in einer Schach-AG und im Turnverein, habe Förderstipendien bekommen, ein Studium abgeschlossen und arbeite seit Jahren in meinem Traumberuf. Guten Tag, die oberste Sprosse der Privilegienleiter lässt grüßen.

Natürlich werde auch ich in Gesprächen gefragt, wo ich herkomme, wobei es nicht selten vorkommt, dass meine Herkunft dann auch noch kommentiert wird mit Sätzen wie: „Ach krass, Marokko. Aha. Ich hätte wetten können, dass du Italienerin / Spanierin / Brasilianerin / Portugiesin / nur Deutsche bist." Natürlich finde auch ich das in bestimmten Situationen nervenzehrend und muss immer wieder erklären, warum solche Gespräche diskriminierend sind, selbst wenn vermeintlich ehrliche Neugierde dahintersteckt.

Der wichtige Unterschied zwischen mir und Menschen wie meinem Vater ist jedoch, dass ich im Alltag nicht nur nicht unter meiner Herkunft leide, sondern im Gegenteil sogar von ihr profitiere. Und an dem Tag, als mir klargeworden ist, dass das wahrscheinlich das größte Privileg von allen ist, habe ich aufgehört, mich von den Fragen stressen zu lassen, die ich mir selbst oder anderen nicht sofort beantworten kann.

Nein, ich weiß nicht, was anders wäre, wenn meine Eltern sich nach ihrer Hochzeit für ein Leben in Marokko entschieden hätten. Vielleicht wäre ich jetzt schon verheiratet oder für immer Single. Vielleicht hätte ich die Schule mit 16 abgebrochen oder mit 36 einen Doktortitel. Vielleicht wäre mir Deutschland alles in allem sympathischer oder aber völlig egal. Ebenso wenig weiß ich, ob ich eher eine „Woman of Color" oder eine weiße Frau bin, eher ein Milchkaffee oder eine gemischte Tüte.

Sind die Fragen, auf die es keine klaren Antworten gibt, nicht meist die viel interessanteren?

Ich bin 28 Jahre alt und kann immer noch nicht sagen, wie ich meinen Glauben definiere. Ich bin mit zwei Religionen aufgewachsen und dachte lange Zeit, dass ich irgendwann schon wissen würde, ob ich mich lieber als Muslimin oder als Christin bezeichnen möchte. Dieser Tag ist bis heute nicht gekommen. Na und? Sind die Fragen, auf die es keine klare Antworten gibt, nicht meist die viel interessanteren? Und sollten wir nicht alle versuchen, in unserem Alltag mehr von dem zuzulassen, das von Widersprüchen lebt?

Zumindest weiß ich: Wenn ich heute auf einer Bühne stehe und über meine Herkunft rede, dann brauche ich definitiv mehr als einen Halbsatz. Und das finde ich sehr schön. IP

Wanderung und Wirklichkeit Eine gewisse Aufgeregtheit dominiert die Schlagzeilen zur Migration im Ruhrgebiet. Ein nüchterner Blick auf die Fakten könnte da helfen.

Von Ann-Kristin Marx

„Lass denjenigen, dessen Wappenschild nicht ein einziger Klecks Migration befleckt, den ersten Stein werfen … wenn du nicht migriert bist, dann hat es dein Vater getan, und wenn dein Vater nicht von Ort zu Ort ziehen musste, dann nur, weil dein Großvater vor ihm keine andere Wahl hatte als zu gehen, sein altes Leben hinter sich zu lassen auf der Suche nach dem Brot, das ihm sein eigenes Land verwehrte.“ (José Saramago)

Rhetorische Superlative

„Rekordwert“, „Flüchtlingswelle“, „mehr Asylzuwanderer als in ganz Italien“: Seit dem Anstieg der Zuzüge aus Südosteuropa zu Beginn der 2010er Jahre und nochmals verstärkt seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 haben rhetorische Superlative Einzug in die mediale Berichterstattung zum Thema Migration gehalten. Die Wahrnehmung, dass die alteingesessene Bevölkerung geradezu von Neuankömmlingen überrollt wird, schlägt sich wuchtig in Schlagzeilen und Artikelüberschriften nieder.

Woher kommt diese Wahrnehmung und wie stellt sich die Sachlage in konkreten Zahlen dar?

Im Jahr 1969 wurden in der Metropole Ruhr zuletzt mehr Kinder geboren als Sterbefälle verzeichnet. Damit war die Region zwar früher betroffen als andere, steht aber bereits seit geraumer Zeit nicht mehr allein da. In fast allen Teilen Deutschlands hat sich in den vergangenen 30 Jahren ein negativer natürlicher Bevölkerungssaldo verstetigt.

Die Dynamik der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist träge; Veränderungen lassen sich erst nach vielen Jahren und oft nur in marginalem Umfang feststellen. Zu- und Fortzüge variieren im Vergleich dazu kurzfristiger; sie können sich von Jahr zu Jahr massiv ändern. Kein Wunder, dass man den Einfluss von Migration auf die Entwicklung der Einwohnerzahl seit Jahren verstärkt in den Blick nimmt.

Der Anteil des Ruhrgebiets an allen Zu- und Fortzügen nach und von Nordrhein-Westfalen entspricht ziemlich genau dem, was man aufgrund seiner Fläche und Einwohnerzahl vermuten würde: Rund ein Viertel aller Zu- und Fortzüge über die Grenzen nordrhein-westfälischer Kommunen in den Jahren 2018 bis 2020 entfielen auf das Ruhrgebiet. Die Einwohnerzahl der elf kreisfreien Städte

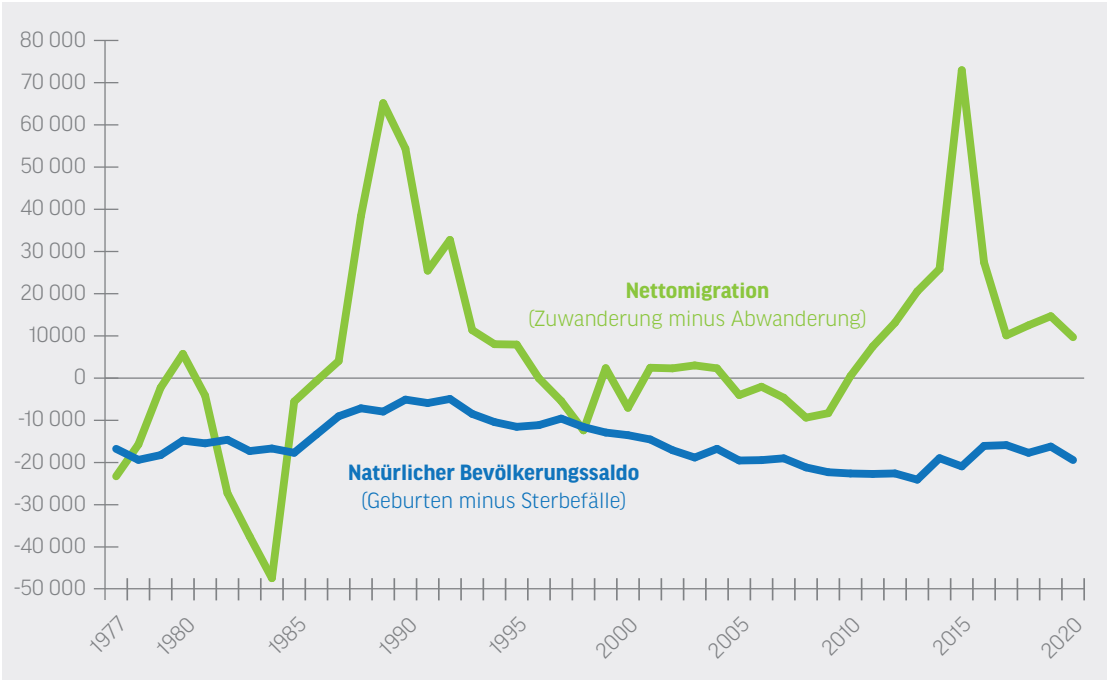
Ann-Kristin Marx arbeitet im Team Regionale Statistik und Umfragen des Regionalverbandes Ruhr in Essen zu den Schwerpunkten Demografie und Wohnungsmarkt.

und vier Kreise wuchs in diesem Zeitraum durch Wanderungsgewinne theoretisch um rund 36 900 Menschen an – theoretisch deshalb, weil im selben Zeitraum die Zahl der Sterbefälle die der Lebendgeborenen deutlich überwog und für einen Rückgang der Einwohnerzahl um fast 53 300 Menschen sorgte. Die Wanderungsgewinne glichen diesen Verlust bei Weitem nicht aus. Infolgedessen sank die Einwohnerzahl der Metropole Ruhr seit dem 31.12.2017 um rund 11 000 auf derzeit 5 102 484 Menschen.

Zwar stand die Wanderungsbilanz des Berichtsjahrs 2020 im Zeichen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie: Das Wanderungsvolumen ging vor allem bei Zu- und Fortzügen über die Bundesgrenze deutlich zurück. Doch auch wenn man 2020 als Ausnahmejahr in Rechnung stellt, bestätigt die Entwicklung der vergangenen vier Jahre insgesamt eine bereits seit vielen Jahren deutliche Tendenz zur Schrumpfung der Region.

Zwar rückten der verstärkte Zuzug aus Südosteuropa zu Beginn des Jahrzehnts sowie von Geflüchteten ab Herbst 2015 das Thema Zuwanderung medial stark in den Fokus, insgesamt wurde dadurch aber keine nachhaltige Trendumkehr bewirkt. Dem Anstieg der Einwohnerzahl von 2014 bis 2016 gingen viele Jahre konstanter Schrumpfung voraus. Seit 2017 ist die Einwohnerbilanz des Ruhrgebiets wieder negativ – trotz kurzfristiger Schwankungen zum Ende des Jahrzehnts leben weniger Menschen in der Metropole Ruhr als zu seinem Beginn.

Dass in Nordrhein-Westfalen zeitweise mehr Asylsuchende lebten als in

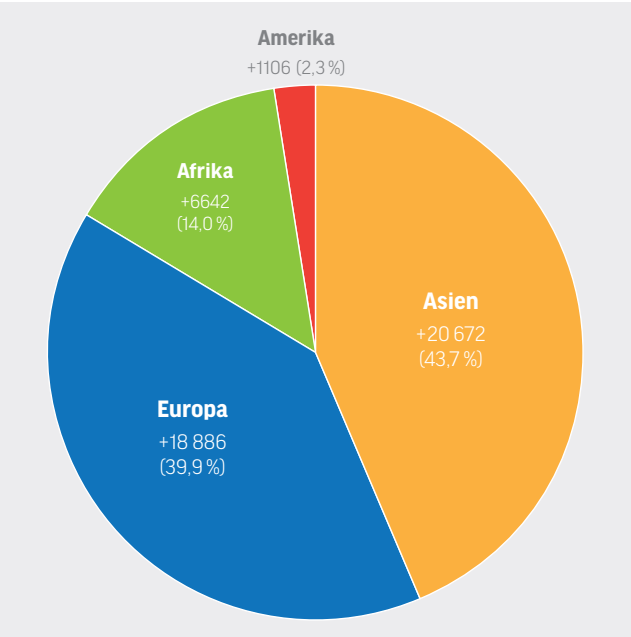


Stabiler Trend mit leichten Ausschlägen nach oben: Nur kurzfristig konnten Zuwanderungsgewinne den Rückgang der Bevölkerungszahlen in der Metropole Ruhr seit den 1970er Jahren konterkarieren.

ganz Italien, entspricht durchaus den Tatsachen: 433 236 Menschen waren es laut den Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage der Partei „Die Linke“ im Jahr 2018.

Nordrhein-Westfalen hatte zum 31.12.2018 rund 17 932 700 Einwohner – die Zahl der Asylsuchenden machte somit zum Jahresende 2018 rein rechnerisch einen Anteil von rund 2,4 Prozent der Gesamteinwohnerzahl aus. Aber: Genügt dieser Wert, um von Rekorden und Wellen zu sprechen? Oder, wie FOCUS Online anlässlich der sogenannten Flüchtlingskrise titelte, von „einknickenden Städten“?

Tatsächlich entwickelte sich der Wanderungssaldo dynamischer als die Zahl der Geburten und Sterbefälle, und sein Einfluss auf die Veränderung der Gesamteinwohnerzahl sticht dadurch stärker ins Auge. Dennoch ist er unterm Strich nicht so gravierend, wie anhand der Zuwanderungsdiskussion der vergangenen Jahre angenommen werden könnte.



Asien vor Europa: Wanderungssaldo der Metropole Ruhr nach Kontinenten, Summe 2018–2020.

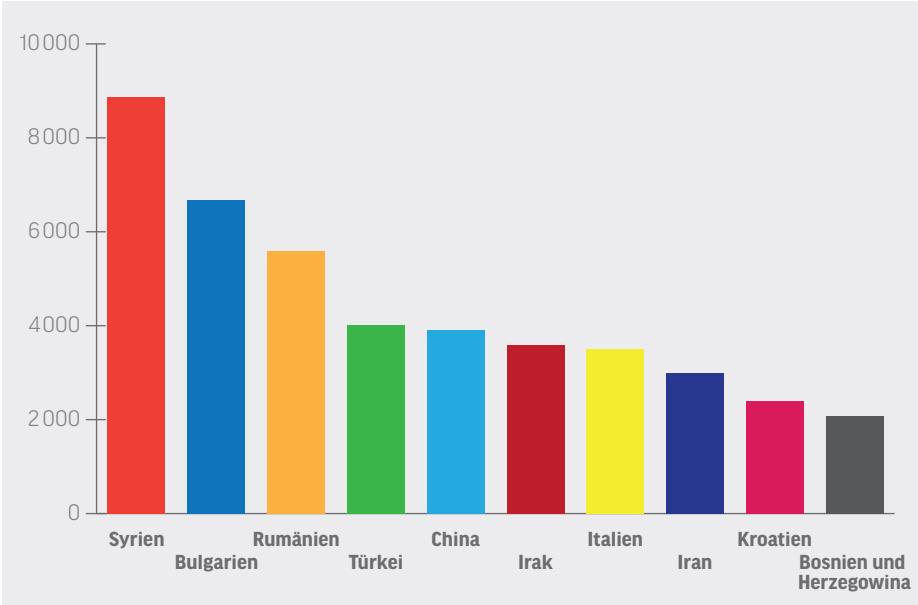
Im Jahr 2015, auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise, wurden für das Ruhrgebiet rund 323 100 Zuzüge und rund 250 200 Fortzüge über die Gemeindegrenzen registriert. Dies entspricht einem Zugewinn an Einwohnern durch Zuwanderung in Höhe von rund 73 000 bzw. rund 1,4 Prozent der Einwohnerzahl des Vorjahrs 2014. Der Einwohnerverlust durch das Geburtendefizit belief sich im Jahr 2015 im Übrigen auf rund 21 000 Personen; insgesamt stieg die Bevölkerungszahl der Metropole Ruhr damit von 2014 auf 2015 um rund 1 Prozent.

„Melting pot“ Ruhrgebiet

Dass die Wanderungsbewegungen trotz ihres marginalen Einflusses auf die Gesamt-Einwohnerzahl in der Wahrnehmung bedeutsamer erscheinen, könnte auf die besondere Struktur der Zu- und Fortzüge in die und aus der Region zurückzuführen sein. Die Ruhrgebietskommunen verlieren Einwohner an die anderen Bundesländer und gewinnen Einwohner aus dem Ausland.

Im Zeitraum von 2018 bis 2020 verlor die Region insgesamt etwas über 10 400 Einwohner durch innerdeutsche Fortzüge, davon fast 9000 in das übrige Nordrhein-Westfalen. Die zweithöchste negative Wanderungsbilanz entstand im Verhältnis zu Niedersachsen (–3500), darauf folgten Hamburg und Schleswig-Holstein mit je rund –1200.

Zu etwas weniger als der Hälfte fußen die Wanderungsgewinne aus dem Ausland auf einer positiven Wanderungsbilanz mit asiatischen Staaten. Die Mehrheit der Wanderungsgewinne ist dabei auf Zuzüge aus nur wenigen Herkunftsstaaten zurückzuführen. So stammten in den



Relativ homogene Zuwanderungsgruppe: Die zehn Staaten mit der höchsten positiven Wanderungsbilanz mit der Metropole Ruhr, Summe 2017–2019.

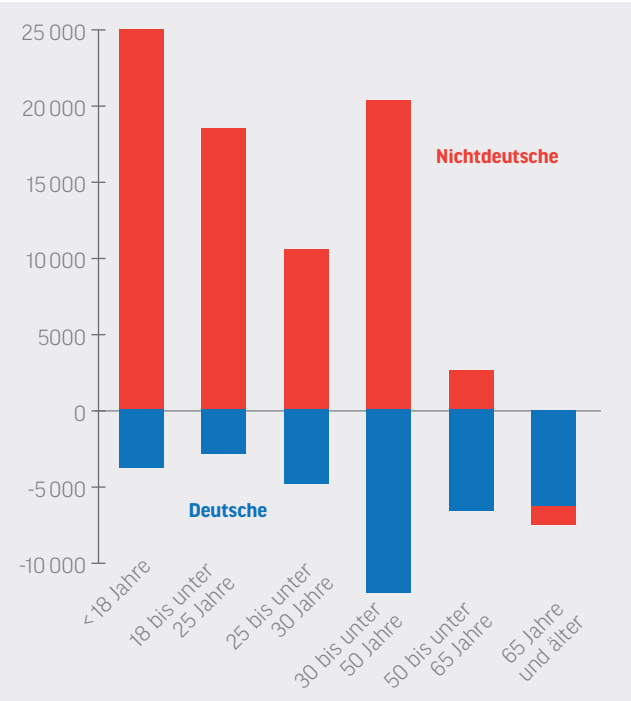
Jahren 2017 bis 2019 mehr als 50 Prozent der Zugezogenen aus nur fünf Herkunftsstaaten; die Gruppe der Zuwanderer ist in der Metropole Ruhr somit homogener als in anderen Ballungsräumen.

Natürlich ist Zuwanderung aus dem Ausland in der Metropole Ruhr kein ganz neues Thema: Sie hat die Region von Beginn der Industrialisierung an geprägt, zunächst vor allem durch den Zuzug von Arbeitskräften aus den damaligen deutschen Ostprovinzen. Seither bildeten immer wieder wechselnde Bevölkerungsgruppen den Hauptanteil der Zuwandernden: In den ersten Nachkriegsjahren war das Ruhrgebiet zunächst Ziel der aus den ehemaligen deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie Vertriebenen, bis zum Bau der Mauer gefolgt von Flüchtlingen aus der DDR. Etwas später war das Ruhrgebiet mit seinem großen Arbeitsplatzangebot eines der Hauptziele für die sogenannten Gastarbeiter, die unter anderem im Rahmen der Anwerbeabkommen mit Staaten wie Italien, Spanien und der Türkei ab Mitte der 1950er Jahre zuzogen.

Die Jungen kommen, die Alten gehen

Das Ruhrgebiet gewinnt vor allem an jungen Menschen. In den Jahren 2018 bis 2020 betrug der Einwohnerzuwachs durch Wanderungsbewegungen in der Altersgruppe unter 18 Jahren etwas mehr als 21 500 Personen, in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen rund 15 800 Personen. Im selben Zeitraum verlor die Region rund 4600 Einwohner der Altersgruppe „50 bis unter 65 Jahre“ und rund 7700 Einwohner im Alter von 65 Jahren und mehr durch Abwanderung.

In allen Altersgruppen mit positiver Wanderungsbilanz fußen die Wanderungsgewinne auf dem Zuzug Nicht-



Junge Migration: Wanderungsbilanz der Metropole Ruhr nach Alter und Nationalität, 2018–2020.

deutscher. Die Statistik erfasst allerdings nicht das ursprüngliche Herkunftsland, sondern differenziert nur danach, ob die im Ausweisdokument eingetragene Staatsangehörigkeit „deutsch“ ist oder eine andere.

Die Einwohnerverluste durch Wanderung, die im Zeitraum 2018 bis 2020 durch den Überschuss an Fortzügen deutscher Staatsangehöriger zu verzeichnen waren, wurden in fast allen Altersgruppen durch positive Wanderungssalden bei der nichtdeutschen Bevölkerung aufgefangen. Lediglich in der Altersgruppe „65 Jahre und älter“ verliert die Metropole Ruhr sowohl an deutschen als auch an nichtdeutschen Einwohnern. Ohne die positive Wanderungsbilanz bei den Nichtdeutschen wäre die Bilanz in allen Altersgruppen negativ; der Einwohnerrückgang im Ruhrgebiet würde sich drastisch beschleunigen.

Im Westen nichts Neues

Wie in vielen Teilen Deutschlands findet Bevölkerungsbewegung im Ruhrgebiet hauptsächlich durch Zu- und Abwanderung statt. Ihre tatsächliche quantitative Bedeutung in Bezug auf die Ausgangsbevölkerung wird jedoch vielfach überschätzt – oder übertrieben dargestellt. Das Gros der Wanderungsgewinne entfällt auf ausländische Staatsbürger.

Im Umgang mit den unterschiedlichsten Kulturen ist die Metropole Ruhr bereits bestens bewandert. Die Region hat eine lange Geschichte als multikulturelle Einwanderungsregion, ist heute Heimat für eine Vielfalt migrantischer Communities und bleibt nach wie vor attraktiv für nichtdeutsche Zuwanderer.

82,4 Millionen Menschen oder etwas mehr als 1 Prozent der Weltbevölkerung waren Ende 2020 weltweit auf der Flucht, doppelt so viele wie noch 2010. Bedingt durch die Covid-19-Pandemie lag die Zahl der Asylanträge zwar unter den Vorausberechnungen, dennoch ist auch in Zukunft aufgrund von Konflikten, Kriegen und schwierigerer Versorgungssituationen durch veränderte klimatische Gegebenheiten mit wachsenden globalen Wanderungsbewegungen zu rechnen.

Während die verstärkte Zuwanderung ausländischer Staatsbürger für viele andere deutsche Regionen ein Novum ist, war das Ruhrgebiet von jeher Anziehungspunkt für unterschiedliche Nationalitäten und Ethnien. Das Zusammenleben vieler Kulturen ist hier kein Ausnahmezustand, sondern Alltag und damit ein wertvoller Erfahrungsschatz im Hinblick auf weiter steigende Zahlen Schutzsuchender. IP

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Seit Langem ist das Revier bestens bewandert im Umgang mit unterschiedlichen Kulturen: Stahl- und Bergarbeiter in Duisburg-Rheinhausen (1993, oben), Studierende der Ruhr-Universität Bochum (2012, unten).

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Vom Kohlenpott zur Seidenstraße

Die Wirtschafts- und Forschungspartnerschaft mit China hilft dem Ruhrgebiet, den Strukturwandel erfolgreich zu bewältigen. Doch nicht alle Hoffnungen haben sich erfüllt, und gerade bei der Digitalisierung zeigen sich die Risiken der Kooperation.

Von Tim Rühlig

Der größte Binnenhafen der Welt liegt im Ruhrgebiet. Kein Wunder, dass Duisburg, die Stadt am Rhein, die diesen Hafen beherbergt, angesichts der Herausforderungen des Strukturwandels auf Logistik setzt. Einst wurden hier Kohle und Produkte der Schwerindustrie verschifft. Heute ist vor allem der Handel mit China Wachstumstreiber.

Dabei profitiert Duisburg von Chinas außenpolitischem Flaggschiffprojekt: der „Neuen Seidenstraße". Seit 2013 investiert China in die Infrastruktur von Drittstaaten, schafft Handelsrouten, um neue Absatzmärkte zu erschließen und weltweit an Einfluss zu gewinnen. Endpunkt eines Handelskorridors der Neuen Seidenstraße ist Duisburg. Gegenstand kontroverser Diskussion bleibt, wie sehr die Stadt jenseits des Hafens davon profitiert.

Auch andere Kommunen des Ruhrgebiets kooperieren mit China. Essen, Dortmund, Duisburg und Gladbeck verfügen über Städtepartnerschaften mit Changzou, Xi'an, Wuhan und Fushun, wobei Gladbecks Beziehung zu Fushun ruht. Das Land Nordrhein-Westfalen verfügt über drei Partnerprovinzen in China, Shanxi, Jiangsu und Sichuan. Zahlreiche Hochschulen des Ruhrgebiets pflegen einen regen Austausch mit chinesischen Partnern.

Wachsende Bedenken

Solche regionalen und kommunalen Beziehungen gibt es vielfach auch außerhalb des Ruhrgebiets. Allerdings werden in jüngster Zeit Bedenken in Deutschland und anderen westlichen Staaten lauter. Die Sorgen wurzeln in den sich verändernden Beziehungen Europas zu China. So charakterisiert

die Europäische Union das Land nicht nur als Partner und Wettbewerber, sondern seit 2019 auch als „systemischen Rivalen“. Worin stecken die Chancen der Partnerschaften des Ruhrgebiets mit China, worin die Risiken?

Kommunen und Bundesländer gehen Kooperationen mit Drittstaaten ein, weil sie sich von Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiekooperation einiges versprechen und darüber hinaus auf eine Stärkung von Tourismus und kulturellem Austausch hoffen.

Größter Profiteur der wachsenden wirtschaftlichen Präsenz Chinas im Ruhrgebiet ist der Duisburger Hafen. Wöchentlich erreichen etwa 60 Güterzüge aus der Volksrepublik die Terminals des Binnenhafens, 25 Züge mehr als noch 2019. Wenn das Duisburg Gateway Terminal dieses Jahr den Betrieb aufnimmt, könnten es 100 Züge pro Woche werden. Bereits heute schlägt Duisburg ein Drittel der Containerfracht um, die auf der Schiene den Weg von China nach Europa findet. Seit Chinas Präsident Xi Jinping 2014 Duisburg besuchte, hat sich die Zahl der hier vertretenen chinesischen Firmen auf rund 120 Unternehmen verdreifacht. Weitere Ansiedlungen gibt es auch in benachbarten Städten des Ruhrgebiets.

Doch haben sich nicht alle Hoffnungen Duisburgs erfüllt. Duisburg hatte mehr als die tatsächlich geschaffenen 1000 Arbeitsplätze erwartet, zumal einige dieser Stellen auch noch von Chinesinnen und Chinesen besetzt sind, die aus den Firmenzentralen an den Rhein übergesiedelt sind. „Spillover“-Effekte vom Hafen in die Stadt fallen gering aus. Das liegt daran, dass die Logistikbranche nicht personal-, sondern kapitalintensiv ist. Der Nutzen ergibt sich für die Stadt aus höheren Gewerbesteuereinnahmen. Weitere 2000 Arbeitsplätze hätte das China Trade Center Europe durch die Ansiedlung von kleineren und mittleren chinesischen Unternehmen bringen sollen. Doch die Investitionen von mehr als 250 Millionen Euro scheiterten.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit Jiangsu eine wirtschaftlich-technische Kooperation etabliert, die gegenseitige Investitionsvorhaben begleitet. Dazu zählt ein Fortbildungsprogramm zu Investitionsförderung und Außenhandel, in das mittlerweile auch Sichuan eingebunden ist. Bis heute haben sich rund 100 Unternehmen aus Jiangsu im Bundesland angesiedelt.

Fokus auf Forschung und Bildung

Was haben Huawei, Telefonica und Schalke 04 gemeinsam? Sie alle beteiligen sich an Gelsenkirchens digitalem „Live-Labor“ im Open Innovation Lab „Arena Park“. Und das ist nur eine von vielen Tech-Kooperationen Chinas im Ruhrgebiet. So arbeiten das Dortmunder Technologie-Zentrum und die High Tech Development Zone von Xi’an zusammen. Die 2015 eingerichtete Städtepartnerschaft zwischen Essen und Changzhou wurde zur Kooperation in der nachhaltigen Urbanisierung gegründet. Besonderes Interesse besteht am Austausch zu Strukturwandel und Bergbaunachsorge, etwa zwischen Herten, Bottrop, Gelsenkirchen und Chinas zweitgrößter „Kohlestadt“ Pingdingshan.

Überhaupt bildet der Bildungs- und Forschungsaustausch den Kern der Zusammenarbeit zwischen China und NRW. Mit der Provinz Shanxi betreibt Nordrhein-Westfalen eine Wirtschafts- und Energiepartnerschaft. Herzstück ist ein Stipendienprogramm mit dem Titel „Win.NRW.Shanxi“, das es mittlerweile auch mit Jiangsu gibt. Es ermöglicht chinesischen Leistungsträgern neben Sprachkursen einen zehn- bis zwölfmonatigen Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen, der aus Hospitationen, Workshops und Austauschformaten in der Energie- und

Dr. Tim Rühlig
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programm Technologie und Außenpolitik der DGAP. Dort forscht er insbesondere zu China.

Partner zu Wasser und zu Land: der Duisburger Hafen, Endpunkt eines Handelskorridors der Neuen Seidenstraße (unten), chinesische Bahn-Enthusiasten in Chongqing vor dem Zug nach Duisburg (links).

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Fertigungswirtschaft besteht. Vergleichbare Möglichkeiten gibt es für Leistungsträger aus NRW in China nicht. Sichuan verfügt über ein Stipendienprogramm zur Umweltwirtschaft, das auf die anderen beiden Partnerregionen ausgedehnt wurde. Daneben besteht eine Reihe von universitären Forschungskooperationen mit chinesischen Partnern.

Tourismus und Kulturaustausch

Als klassische Touristenregion lässt sich das Ruhrgebiet zwar nicht bezeichnen. Doch zumindest stieg die Zahl der Übernachtungen aus China in ganz Nordrhein-Westfalen bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie auf 350 000 im Jahre 2019. Das ist das zweithöchste Aufkommen aus einem nichteuropäischen Land; für das Ruhrgebiet werden die Werte nicht eigens ausgewiesen.

Zwischen 2009 und 2018 wies China mit Abstand das dynamischste Wachstum der Top 10-Quellmärkte auf – mit einer Rate von nicht weniger als 170 Prozent. Kulturveranstaltungen, Schüler- und Jugendaustausche sind fester Bestandteil von Städtepartnerschaften mit dem Ziel, das wechselseitige Verständnis und Völkerverständigung zu fördern. Allein in Duisburg leben mittlerweile rund 1300 chinesische Staatsbürgerinnen und -bürger. Die Universität zählt rund 2000 Studierende aus China, die zum zivilgesellschaftlichen Austausch beitragen. Kurz: Wirtschaft, Forschung, Tourismus und Kultur des Ruhrgebiets profitieren vom Austausch mit China. Also alles eitel Sonnenschein?

China – ein Problem?

In einem umfassenden Bericht, den Roderick Kefferpütz beim Mercator-Institut für China-Studien Ende 2021 veröffentlicht hat, diskutiert der Autor Befürchtungen, dass kommunale und regionale Partnerschaften mit China Risiken bergen, darunter Wirtschaftsspionage, Schaffung von Abhängigkeiten sowie politische Einflussnahme. Gilt das auch für das Ruhrgebiet?

Wirtschafts- und Forschungskooperation birgt die Gefahr, dass Wettbewerber Informationen erhalten, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland schaden. Wirkliche Belege für konkrete Spionage sind rar. Doch die mehrmonatigen Stipendienprogramme Nordrhein-Westfalens könnten aufgrund ihrer Dauer und Tiefe Risiken beinhalten. Kefferpütz berichtet außerdem, dass kommunale Wirtschaftsagenturen von Vertretern chinesischer Partnerstädte wiederholt gebeten worden seien, lokale Firmendaten zu übermitteln, um Austausch zu ermöglichen.

Die Grenzen zwischen legitimer Kooperation und Wirtschaftsspionage sind nicht immer eindeutig. So verdeutlicht eine Stellungnahme der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz aus dem Jahr 2020 nicht nur die Bedeutung Chinas als Partner, sondern auch die wachsenden Gefahren chinesischer Einflussnahme auf die Forschungszusammenarbeit. Auch zeigt sich, dass lokale Kooperationen China helfen, internationale Spitzenforscherinnen und -forscher abzuwerben.

Eine Umfrage, die Kefferpütz unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesländer durchführte, ergab, dass fast 82 Prozent von ihnen eine wirtschaftliche Abhängigkeit von China sehen. Zugleich sprechen sich sämtliche Befragten für eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen aus. Dieses paradoxe Ergebnis deutet darauf hin, dass in Deutschlands Regionen Kooperation mit China als alternativlos angesehen wird. Diese Einschätzung entspricht nicht zwingend der Realität: Im Duisburger Hafen ist China der größte Wachstumstreiber, doch der Warenumschlag aus China macht nur rund 4 Prozent aus. Das Gefühl der Abhängigkeit ist keine gute Grundlage für eine selbstbestimmte Politik. Das gilt besonders für strukturschwache Regionen wie das Ruhrgebiet.

Die gefühlte wirtschaftliche Abhängigkeit von China ist in Deutschland noch größer als die tatsächliche

In Duisburg legt man großen Wert auf die Feststellung, dass man gegenüber China nicht verschuldet sei. Der chinesische Logistiker COSCO verfügt bewusst nur über eine Minderheitsbeteiligung von 30 Prozent am neuen Terminal. Duisburgs Vorsicht ist berechtigt. Ausländische Häfen werden mittlerweile von China kontrolliert. Das gilt etwa für den griechischen Hafen von Piräus und schafft eine erhebliche Abhängigkeit des Landes von China.

Weniger vorsichtig waren Duisburg und Gelsenkirchen bei der Digitalisierung der Städte, die in enger Kooperation mit Chinas Technologiekonzern Huawei vorgesehen war. Aufgrund erheblicher Bedenken liegt zumindest Duisburgs Zusammenarbeit mit Huawei derzeit auf Eis. Teil dieser „Smart City"-Pläne sind Cloud-basierte e-Government-Lösungen, ein Ausbau des 5G-Netzes, die Installation von intelligenten Straßenlaternen, WLAN im öffentlichen Raum, in Schulen und im öffentlichen Personennahverkehr sowie die digitale Vernetzung von kritischer Infrastruktur, einschließlich der Wasserversorgung und des Verkehrsmanagements. Nach Angaben von Huawei

liefert das Unternehmen an Gelsenkirchen Cloud, Netzwerk und Plattformtechnologien. Sogar in Big-Data-Analyse, Sicherheitsmanagement und Videoprocessing sei man eingebunden – alles kritische Prozesse in einer Smart City.

Beispiel Cloud-Aufbau in Duisburg: Zwar werden die Daten in einem lokalen Rechenzentrum gespeichert, und ein Tochterunternehmen der Duisburger Versorgungswerke ist an der „Rhine Cloud" beteiligt. Die Stadt versichert, Huawei habe kein Interesse an den Daten, sondern wolle nur seine Technologie verkaufen. Doch Cybersicherheitsexperten haben auf Anfrage des Autors bestätigt, dass es aufgrund der technologischen Komplexität von Smart-City-Systemen nicht auszuschließen sei, dass Hintertüren verblieben, die den Zugriff auf Daten ermöglichen. Daher spiele die Vertrauenswürdigkeit des Technologiepartners eine zentrale Rolle. Huawei ist zwar ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Doch Analysen des Autors zur Governance-Struktur des Unternehmens zeigen die Schlupflöcher, die es der Kommunistischen Partei Chinas erlauben können, die Firma zu kontrollieren.

Daraus ergibt sich nicht nur mangelnde Datensicherheit, sondern auch eine erhebliche technische Abhängigkeit von einem in mancherlei Hinsicht nicht unproblematischen chinesischen Technologiekonzern. Smart-City-Technologie muss regelmäßig gewartet werden. Dafür braucht es das Know-how des Herstellers; ein Anbieterwechsel ist technisch sehr schwierig. Sobald die kritische Infrastruktur von Duisburg und Gelsenkirchen umfassend vernetzt ist, hängt ihre Aufrechterhaltung vom Wohlwollen eines Technologiekonzerns ab, auf den die Kommunistische Partei unmittelbar Einfluss nehmen kann. Deshalb warnt der britische Geheimdienst Kommunen vor Smart-City- Kooperationen mit chinesischen Firmen.

Im Zuge dieser wachsenden Abhängigkeiten gibt es vermehrt Berichte darüber, dass Landes- und Kommunalpolitiker dazu aufgefordert werden, positiv über China zu sprechen oder zumindest Kritik zu verhindern. Öffentliche Aufmerksamkeit erregten in den vergangenen Jahren chinesische Cyberangriffe und der Abbruch des Studierendenaustauschs der Tongji-Universität in Schanghai mit der Bauhaus-Universität Weimar infolge der Verleihung eines Menschenrechtspreises an den uigurischen Intellektuellen Ilham Tohti.

Auch ein Fall aus dem Ruhrgebiet erregte 2021 mediale Aufmerksamkeit. Nach einer Intervention aus Peking sagte das Konfuzius-Institut der Universität Duisburg-Essen die virtuelle Vorstellung einer Xi-Jinping-Biografie ab. Sie wurde dann von der Universität ohne Beteiligung des Instituts durchgeführt. Offenkundig ging die Bitte um Absage von Parteikadern aus. So inakzeptabel diese chinesische Einflussnahme ist, so übereilt erscheinen einige in der öffentlichen Diskussion gezogene Schlussfolgerungen. Konfuzius-Institute stehen weltweit in der Kritik. Da sie durch den chinesischen Staat finanziert werden, lautet der Vorwurf, die Institute schränkten die Forschungsfreiheit ein, weil sie die Universitäten, an die sie angeschlossen sind, in ein Abhängigkeitsverhältnis brächten. Außerdem koordinierten sie prochinesische Stimmungsmache und

Der britische Geheimdienst warnt die Städte vor Smart-City-Kooperationen mit Firmen aus China

mobilisierten chinesische Studierende für Proteste auf dem Campus.

Diese Kritik trifft auf viele Konfuzius-Institute zu. Doch die Institute haben unterschiedliche Governance-Strukturen, und das in Duisburg-Essen etwa ist gut aufgestellt. Betrieben wird es von einem gemeinnützigen Verein und getragen von den Universitäten Duisburg-Essen und Wuhan sowie der Stadt Duisburg. Im Gegensatz zu anderen Konfuzius-Instituten obliegt es der Universität selbst, die Lehrmaterialien auszuwählen. Anders als andernorts setzte das Duisburger Institut explizit durch, dass kontroverse Veranstaltungen auch zu politischen Themen stattfinden können. Nach der Absage der erwähnten Lesung bekräftigte der Trägerverein gegenüber China, dass dies Voraussetzung für das Fortbestehen des Instituts an der Universität ist. Finanziell sind Universität und Konfuzius-Institut getrennt. Einflussnahme auf Forschungsprojekte wird verhindert. Eine Schließung des Instituts hätte kaum Auswirkungen auf die Universität.

Das zeigt zum einen, dass ein vorsichtiger Umgang in der Kooperation mit China Risiken minimieren kann, zum anderen aber, dass selbst das Konfuzius-Institut in Duisburg-Essen chinesische Einmischung nicht ganz verhindern kann. Wollen Kommunen, Bundesländer oder Hochschulen die zweifellos bestehenden Potenziale der Kooperation mit China ausschöpfen, müssen sie Risiken in Kauf nehmen.

Verstehen, was dahintersteckt

Zentrale Voraussetzung, um die Chancen der Kooperation zu nutzen und die Risiken zu minimieren, ist es zu verstehen, was hinter chinesischer Kooperation mit Ländern, Kommunen und Hochschulen steckt. Substaatliche Beziehungen werden in China zentral von der Chinese People's Association for Friendship with Foreign Countries koordiniert. Es handelt sich also nie um rein lokale Kooperationsformen. Sie sind in den Gesamtkomplex der Außenpolitik Pekings eingebunden. Parteizellen in öffentlichen Verwaltungen, Unternehmen, Kultur- und Bildungseinrichtungen ermöglichen der KPCh eine Kontrolle aller, die mit deutschen Hochschulen, Kommunen und Ländern zusammenarbeiten. Hinzu kommt, dass chinesische Staatsbürgerinnen und -bürger seit 2017 gesetzlich zur Kooperation mit chinesischen Geheimdiensten verpflichtet sind.

Der Umgang mit China ist eine Querschnittsaufgabe – sie betrifft die gesamte Gesellschaft

Diese zentral koordinierte Politik steht dem deutschen Föderalismus und der Konkurrenz zwischen Kommunen um gute Beziehungen mit China gegenüber. Die Städte im Ruhrgebiet, allen voran Duisburg, sind personell gut aufstellt. Duisburg verfügt neben hoher China-Kompetenz an der lokalen Universität über ein China-Referat und einen China-Beauftragten. In anderen Städten der Republik dagegen dürfte es an Personal und Expertise fehlen. Und selbst Duisburg ginge eine problematische Smart City-Kooperation ein, wenn es dazu käme.

Daher sollte die Einrichtung dezentraler Informationsbörsen für Kommunen, Länder, Unternehmen, Bildungstätten und die Öffentlichkeit, wie im DGAP-„Aktionsplan China" 2021 vorgeschlagen, entscheidender Bestandteil deutscher China-Politik werden, um China als das zu begreifen, was es ist: eine Querschnittsaufgabe, welche die gesamte Gesellschaft betrifft. China-Politik wird nicht nur in Berlin gemacht, sondern auch im Ruhrgebiet. IP

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Tief im Westen, wo die Sonne (nicht mehr ganz so sehr) verstaubt: ein Blick auf die Stadt Essen aus der Vogelperspektive.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Stahl-Kunst und Kohle-Kultur: Skulptur des französischen Bildhauers Bernar Venet, Duisburg (links), Treppenaufgang im Ruhr Museum, Zeche Zollverein, Essen (rechts).

Sprecht mit ihnen

Deutschlands Außenpolitik hat den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern entdeckt, ob im Amt in Berlin oder vor Ort, etwa im Ruhrgebiet. Doch die Bürgerdialoge zu internationalen Themen ließen sich effizienter gestalten. Einige Vorschläge.

Von Sarah Brockmeier

Diplomaten im Dialog“ und Bürgerwerkstätten im Auswärtigen Amt, „Europa, mein Revier“ im Ruhrgebiet, ein vom Bundestag beauftragter Bürgerrat zu Deutschlands Rolle in der Welt bei Zoom: Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu internationalen Themen hat Konjunktur in Deutschland. Damit ist ein Trend in der Außenpolitik angekommen, der bei anderen Themen schon seit zwei Jahrzehnten erkennbar ist: Vielerorts wird mit neuen Konsultations- und Beteiligungsformaten experimentiert, um sinkendem Vertrauen in die Politik, Desinformation und Populismus zu begegnen.

In der Außenpolitik verbinden verschiedene Akteure mit diesen neuen Dialogformaten ganz unterschiedliche Hoffnungen und Ziele. Das Auswärtige Amt legt seit den „Review 2014“-Reformen verstärkt Wert darauf, direkt mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Dies geschieht durch eine – vor Corona – jährlich stattfindende „Bürgerwerkstatt“ mit rund 120 Teilnehmenden in Berlin, in sogenannten „Open Situation Rooms“ zum Durchspielen einer Krisensituation sowie durch die erwähnte Veranstaltungsreihe „Diplomaten im Dialog“ mit Diskussionsrunden in ganz Deutschland, oft in Kooperation mit lokalen Medien oder Vereinen. Ziel dieser Maßnahmen ist in erster Linie, außenpolitisches Handeln zu erklären und so den „Graben zwischen außenpolitischen Eliten und breiter Öffentlichkeit“ zu verkleinern, wie es 2014 der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier formulierte.

Informationen vermitteln, zuhören und das Vertrauen in Politik und Demokratie stärken sind auch Ziele der meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen und Thinktanks, die Bürgerdialoge

zu außenpolitischen Themen organisieren. Für eine Studie zu „Bürgerdialog und Außenpolitik“ fand ich gemeinsam mit Cornelius Adebahr und Melissa Li mehr als 120 Organisationen in Deutschland – NGOs, Stiftungen, Vereine –, die das Gespräch mit Bürgerinnen zu internationalen Themen suchen, die Mehrzahl davon allerdings in traditionellen Formaten wie Podiumsdiskussionen.

Nur wenige, aber dafür sehr sichtbare Bürgerdialoge zum Thema Außenpolitik haben explizit das Ziel, Empfehlungen zu entwickeln, die direkt in die Politik einfließen sollen. Dazu gehörten der Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“, der, vom Bundestag beauftragt, Anfang 2021 organisiert wurde, sowie das vom Auswärtigen Amt veranstaltete Nationale Bürgerforum, das Anfang 2022 Empfehlungen in der europaweiten „Konferenz zur Zukunft Europas“ entwickelte. Jeweils rund 160 respektive 100 im Zufallsverfahren ausgewählte Teilnehmende haben sich hier engagiert – aufgrund der Pandemie online.

Während all diese Formate den wachsenden Enthusiasmus für das Thema zeigen, gibt es auch Kritik an den Dialogen. Die einen bemängeln insbesondere an den Dialogen des Auswärtigen Amtes, dass diese nicht genuin Bürgermeinungen aufnehmen wollten, sondern nur die eigene Politik des „Mehr Verantwortung übernehmen“ legitimieren sollten. Andere Akteure, darunter einige Entscheidungsträgerinnen, befürchten, dass die Dialoge in erster Linie lange Wunschlisten produzieren dürften, die in sich widersprüchlich und am Ende nicht umsetzbar seien. Das werde zu noch mehr Enttäuschung gegenüber der deutschen Außenpolitik führen.

Beide Kritikpunkte sind in einem gewissen Maße berechtigt. Doch die Lösung liegt nicht darin, den Dialog mit den Bürgern zu beenden, sondern darin, diese Formate gezielter einzusetzen. Insbesondere drei Punkte sind hier wichtig: das Zusammenspiel von Zielen, Formaten und Zielgruppen; die Auseinandersetzung mit politischen Dilemmata; und die ergänzende Nutzung für die Meinungsforschung über den jeweiligen Gruppenprozess hinaus.

Ziele, Erwartungen, Formate

Für alle, die Bürgerdialoge zu außenpolitischen Themen veranstalten, ist es wichtig, die eigenen Ziele genau zu reflektieren und Formate, Kommunikation und Erwartungsmanagement an diese anzupassen. Vor allem für politische Entscheidungsträger gilt: Wer weder die Absicht noch die Kapazität hat, Bürgermeinungen wirklich aufzunehmen und zu verarbeiten – und sei es nur durch ein Feedback dazu, warum bestimmte Empfehlungen nicht umgesetzt werden können –, der sollte auch nicht suggerieren, dass dies geschehen werde.

Die Partizipationsforschung zeigt, dass die Enttäuschung über ungenügende Beteiligungsverfahren das Vertrauen der Teilnehmenden stärker senkt, als wenn sie gar nicht erst an einem solchen Prozess teilgenommen hätten. Klarer kommunizieren müssen also vor allem staatliche Stellen; doch auch zivilgesellschaftliche Veranstalter sollten realistisch darstellen, welchen Nutzen die Teilnahme an ihren Veranstaltungen den Bürgerinnen bringt: Dieser liegt oftmals eher im Austausch und gegenseitigen Lernen als in einem eventuellen direkten Einfluss auf die Politik.

Darüber hinaus könnten die Organisatoren Formate, Ziele und Zielgruppen besser aufeinander abstimmen. So ist es das erklärte Ziel vieler Dialoge, Fakten zu vermitteln und Vertrauen in die Politik zu stärken. Doch die meisten Formate basieren auf Eigeninitiative der Teilnehmenden, das heißt: Es kommen vor allem diejenigen, deren Vertrauen in die Politik bereits

Sarah Brockmeier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in der Forschungsinitiative „ConTrust – Vertrauen im Konflikt“.

vergleichsweise hoch ist. Stärker in Schulen und Ortsvereine zu gehen oder über Themen wie Fußball internationale Themen anzusprechen, wie es das DGAP-Projekt „Europa, mein Revier“ im Ruhrgebiet versucht hat, ist eine Möglichkeit, sich neue Zielgruppen zu erschließen. Auch die Kooperation des Auswärtigen Amtes mit Youtubern geht in diese Richtung.

Eine andere (wenn auch deutlich teurere) Möglichkeit ist es, verstärkt Teilnehmende per Zufallsauswahl anzuschreiben und möglichst repräsentativ auszuwählen. Auch hier müssen sich die Bürgerinnen am Ende aktiv für eine Teilnahme an einem auf Kompromiss zielenden Prozess entscheiden, weshalb extreme Meinungen oft unterrepräsentiert sind. Dennoch werden auf diese Weise auch solche Bürger direkt angesprochen, die sich nicht vorher schon für das Thema interessieren.

Für die oben genannten Zwecke – erklären, Meinungen aufnehmen, Politikempfehlungen entwickeln – ist es hilfreich, wenn die Fragen, das Format und die Moderation die Bürger dazu bringen, verschiedene Optionen abzuwägen und zu priorisieren, anstatt alle ihre Präferenzen isoliert aufzulisten. Zu diesem Schluss kamen auch die Evaluatoren des Bürgerrats „Deutschlands Rolle in der Welt“, die eine Konkretisierung auf „für die Teilnehmenden ‚greifbare‘ Dilemmata“ als sinnvoll erachtet hätten. Ein Beispiel: In zwei Bürgerdialogen, die ich zuletzt beobachten konnte, brachten die Teilnehmenden unter dem Eindruck der Corona-Pandemie die Meinung zum Ausdruck, dass Europa möglichst viele – oder gar alle – Produkte selbst produzieren können müsse, um weniger oder gar nicht von anderen Ländern abhängig zu sein. Natürlich ist das eine Meinung, die für Entscheidungsträger interessant ist. Aber noch spannender würde es, wenn die Bürger zwischen diesem Wunsch und den Folgekosten im Alltag abwägen müssten. Bleibt die Haltung auch bestehen, wenn einige Produkte deutlich teurer, andere gar nicht mehr vorhanden wären? Wenn Bürgerdialoge thematisch weniger überfrachtet wären und sich auf Einzelfragen und Dilemmata konzentrieren könnten, wären sie für die Politik relevanter und würden ein deutlich größeres Verständnis der Komplexität von Außenpolitik schaffen. Das erfordert, Komplexität zu reduzieren und sich bei Themenwahl und Fragestellung stark zu fokussieren.

Dünne empirische Basis

Um Bürgerdialoge zu außenpolitischen Themen gezielter zu nutzen, könnte man sie überdies enger mit der Meinungsforschung verzahnen. Denn obwohl sich der außenpolitische Diskurs in Deutschland oftmals darum dreht, was „die“ Bürger mittragen oder nicht, ist die empirische Basis zu deren Einstellungen gegenüber außenpolitischen Fragen ziemlich dünn. Nur ein Beispiel: Die beiden jährlichen Bevölkerungsumfragen zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen der Körber-Stiftung und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) ergeben gegensätzliche Antworten: Je nach Fragestellung und Methodik ist hier seit Jahren eine Mehrheit gegen (Körber-Stiftung) oder für (ZMSBw) eine aktivere Außenpolitik.

Wären Bürgerdialoge thematisch weniger überfrachtet und auf einzelne Fragen fokussiert, wären sie politisch relevanter

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Gesprächsbereit: Die große Resonanz auf Formate wie den Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ zeigt, dass die Menschen an einem solchen Dialog ausgesprochen interessiert sind.

Was versteht die durchschnittliche Bürgerin eigentlich unter „mehr Verantwortung“ in der deutschen Außenpolitik? Warum bewerten einzelne Altersgruppen in den gängigen Umfragen manche Mittel der deutschen Außenpolitik deutlich anders als andere Kohorten? Welchen Unterschied macht es, wenn Bürger mehr Information zur Außenpolitik oder zu bestimmten Konflikten und Abwägungsentscheidungen erhalten? Führt ein größeres Verständnis der Komplexität außenpolitischer Entscheidungen überhaupt zu mehr Vertrauen in die (Außen-)Politik?

Wer gezielter Außenpolitik vermitteln möchte, würde enorm davon profitieren, auf solche Fragen Antworten zu erhalten. Nicht nur könnten Politik und NGOs, die bereits Bürgerdialoge durchführen, zu einer deutlich besseren Datenlage beitragen, indem sie ihre Formate intensiver auswerten. Es gäbe auch neue Formate, die sie ausprobieren könnten, wie etwa das sogenannte „deliberative polling“. Hierfür debattiert eine Gruppe zufällig ausgewählter Bürger eine bestimmte Fragestellung mit Expertinnen und untereinander und wird vorher und nachher zu ihren Einstellungen befragt. Diese Art von informierter öffentlicher Meinung könnte die außen- und sicherheitspolitische Debatte in Deutschland bereichern.

Neue Formate gezielt ausweiten

Es steht zu erwarten, dass es künftig immer mehr Bürgerdialoge zu außenpolitischen Themen geben wird, nicht zuletzt weil Beteiligungsprozesse ein Anliegen der neuen Bundesregierung sind. Dass die Bürgerinnen daran interessiert sind, haben die bisherigen Formate gezeigt. Ministerien wie das Auswärtige Amt, das Verteidigungs- und das Entwicklungsministerium und zivilgesellschaftliche Organisationen können solche Dialoge effektiver betreiben, wenn sie sich über ihre Ziele im Klaren sind, gutes Erwartungsmanagement betreiben, sich auf die Abwägungsentscheidungen in der Außenpolitik konzentrieren und die Formate stärker nutzen, um ein differenzierteres Bild von Bürgermeinungen zu Außenpolitik zu erhalten. IP

„Unsere Formel lautete: Von grau zu grün“

Wie wird man Umwelthauptstadt Europas? Essens Klimaschutzbeauftragter über Radfahrer, Zeitreisende und einen historischen Strukturwandel.

Ein Interview mit Kai Lipsius

IP: ***Herr Lipsius, im April 1961 forderte Willy Brandt im Bundestagswahlkampf, der „Himmel über dem Ruhrgebiet“ müsse „wieder blau werden“ – und wurde dafür auch von den eigenen Genossen verspottet. Angenommen, ein Zeitreisender aus dem Jahre 1961 verirrte sich ins heutige Essen. Was würden Sie ihm in Ihrer Stadt zeigen?***

Kai Lipsius: Zunächst würde ich ihn dahin führen, wo der große Umbau einst industriell genutzter Flächen stattgefunden hat. Vielleicht ins Westviertel, zum Krupp-Gürtel. Da haben wir dieses riesige, 230 Hektar große Gelände der ehemaligen Kruppschen Gussstahlfabrik, wo der Krupp-Park entstanden ist und wo die neue Konzernzentrale von Thyssenkrupp liegt – errichtet mit ausgesprochen hohen Nachhaltigkeitsansprüchen an die Gebäudestruktur. Unmittelbar anschließend an den Krupp-Park befindet sich das Stadtquartier „Essen 51.“, und mittendurch verläuft als Paradebeispiel für unsere Mobilitätspolitik der erste fertiggestellte Abschnitt des Radschnellwegs Ruhr RS 1. Wenn man sich hier als Zeitreisender umschaut, würde man das wohl so schnell nicht wiedererkennen.

Wenn Sie gewichten müssten, wer sich die ökologischen Erfolge der vergangenen 60 Jahre im Ruhrgebiet an seine Fahnen heften darf: Wen würden Sie da zuvorderst nennen – Politik, Wirtschaft, Bürgerinitiativen?

Es wäre unfair, das Verdienst dafür einzelnen Personen oder Ebenen zuzusprechen. Man kann auf allen Ebenen wichtige Impulse finden. Thyssenkrupp wäre ein Beispiel für ein Unternehmen, das

sich – auch – um die Begrünung der Stadt verdient gemacht hat. Oder nehmen Sie den Emscher-Umbau …

… die Renaturierung der Emscher, die lange Zeit als schmutzigster Fluss Deutschlands galt …

Am Anfang dieses Umbaus stand die EU mit ihrer Wasserrahmenrichtlinie von 2000, gemäß der alle europäischen Gewässer in einen „guten ökologischen" Zustand zu versetzen waren. In der Ausführung war es dann ein regionales Projekt. Dazu gehören lokale Institutionen wie ein Wasserwirtschaftunternehmen, dazu gehört aber auch die Erhebung von Abwassergebühren, die eine zuverlässige Finanzplanung ermöglichen. Außerdem haben wir hier in Essen eine Bürgerschaft, die den Wandel ausgesprochen selbstbewusst vorantreibt, insbesondere seit der Bewerbungskampagne um die „Grüne Hauptstadt Europas". Der intensive Ausbau unserer Fahrrad-Infrastruktur etwa geht auf ein Bürgerbegehren zurück. Ohne den Druck „von unten" wäre das nicht denkbar gewesen. Man darf aber auch nicht vergessen, dass es der Niedergang der alten Wirtschaftsstrukturen war, gerade bei Kohle und Stahl, der erst den Anstoß zur Transformation gegeben hat.

Stichwort „Grüne Hauptstadt Europas": Wie ist die Idee für die Bewerbung um den Titel entstanden? Mit welchen Argumenten hat sich Essen 2017 durchgesetzt?

Zunächst einmal spielte der große historische Strukturwandel, den Sie angesprochen haben, für das „Storytelling", für die Geschichte, die wir erzählen konnten, eine wichtige Rolle. Wir hatten das auf die Formel „Von grau zu grün" gebracht. Hilfreich waren sicherlich die positiven Erfahrungen, die Essen 2010 als „Europäische Kulturhauptstadt RUHR.2010" gemacht hatte, auch wenn die Bewerbungsstrategie seinerzeit auf die gesamte Region ausgerichtet war. Entscheidend war aber vermutlich unser ganzheitlicher Ansatz. Wenn wir uns auf einen Faktor wie „Blauer Himmel über der Ruhr" oder „Grün in der Stadt" konzentriert hätten, wären wir nicht weit gekommen. Wir haben sämtliche relevanten Bereiche – Abfall-, Wasserwirtschaft, Umweltmanagement, Luftreinhaltung, Lärmminderung und Klimaschutz – erfolgreich bespielt und so die Jury überzeugt. Die gab uns allerdings auch noch Hausaufgaben mit auf den Weg, weil sie das Thema Mobilitätswende noch nicht vorbildlich gelöst fand.

Kai Lipsius
ist seit 2012 Klimaschutzbeauftragter der Stadt Essen. Daneben war er bis Sommer 2017 Projektleiter des BMBF-Verbundprojekts „Klimainitiative Essen – Handeln in einer neuen Klimakultur". Zuvor arbeitete Lipsius u. a. als Wissenschaftler im Bereich Klima und Energie für das Umweltbundesamt.

„25 Prozent Pkw, 25 Prozent Fußgänger, 25 Prozent ÖPNV, 25 Prozent Radfahrer – dieses Ziel ist derzeit in Gefahr“

Die Mobilitätswende war eines der Themen, die den nordrhein-westfälischen Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) 2017 zu der Aussage verleiteten, „dass Essen diesen Titel nicht verdient und ihm nicht entsprechen wird“. Konnten Sie die Bedenken des BUND seither entkräften?

Natürlich werden an so einem Titel anschließend viele Entscheidungen gemessen. So vorbildlich eine Stadt auch sein mag, sie wird nicht umhinkommen, weiterhin den einen oder anderen Baum zu fällen oder mal einen Quadratmeter zu versiegeln. Da heißt es dann schnell: „Es kann doch nicht sein, dass eine grüne Hauptstadt …“. Die Deutsche Umwelthilfe verklagte die Stadt Essen sogar, weil sie nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt habe, um die erlaubten Messwertgrenzen insbesondere bei den Stickstoffdioxiden einzuhalten. Es kam zu einem gerichtlichen Vergleich, in dessen Folge bestimmte Maßnahmen umgesetzt wurden, um Fahrverbote zu vermeiden. Aus meiner Sicht kann dieser Druck auch positiv wirken. Wir führen den Diskurs mit diesen Akteuren sehr konstruktiv, und er hat dazu geführt, dass wir erhebliche Fortschritte gemacht haben, gerade bei der Mobilität.

Im Anschluss an die Kür zur „Grünen Hauptstadt Europas“ rief Essen eine „Grüne Dekade“ bis 2027 aus und legte zwölf sogenannte nachhaltige Themenfelder fest, die bis 2027 umgesetzt werden sollten. Wenn Sie eine Art Halbzeitbilanz ziehen: Bei welchen der damals gesteckten Ziele ist man auf einem guten Weg, bei welchen noch nicht?

Wenn wir unseren jährlichen Fortschrittsbericht nehmen, dann würde ich sagen, dass der Trend grundsätzlich in die richtige Richtung weist, auch wenn die Ziele ausgesprochen ambitioniert waren und sind. Bei der Luftreinhaltung etwa werden jetzt schon die Grenzwerte eingehalten, sodass wir die Ziele noch höher stecken konnten. Jetzt wollen wir uns an den etwas strengeren Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation orientieren. Dabei spielen uns natürlich ein paar generelle Trends in die Hände, etwa die wachsende Elektromobilität.

Stichwort Verkehr: Der BUND hatte 2017 moniert, dass das sogenannte „Modal-Split“-Ziel – 25 Prozent Autoverkehr, 25 Prozent Fußgänger, 25 Prozent ÖPNV, 25 Prozent Radfahrer – kaum erreichbar scheine. Was ist da der aktuelle Stand?

Man müsste wohl feststellen, dass dieses Ziel in Gefahr ist, obwohl bis zum angepeilten Jahr 2035 noch einige Zeit ins Land gehen wird. 2019 etwa ist der Anteil der Motorisierung am Verkehr im Vergleich zur Haushaltsbefragung davor wieder um einen Prozentpunkt geklettert, auf 55 Prozent. Durch die Corona-Pandemie könnte der ÖPNV-Anteil abgenommen haben – auch zugunsten des Autoverkehrs.

Dennoch glaube ich, dass wir einiges an Voraussetzungen geschaffen haben, um das Erreichen unseres Zieles wahrscheinlicher zu machen. Wir beschäftigen derzeit 23 Personen, die Radwege planen und bauen; vorher hat das eine Person gemacht. Außerdem arbeiten wir an einer neuen Straßenbahnlinie mit Anschluss an das Neubaugebiet „Essen 51.“ und den Hauptbahnhof. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass viele von denen, die in dieses Gebiet ziehen und damit direkt am Radschnellweg Ruhr RS 1 wohnen, gar kein Auto mehr benötigen.

Die neue Bundesregierung will Deutschland bis 2045 klimaneutral machen. Ende August hat sich der Rat der Stadt Essen dafür ausgesprochen, die bisherigen Treibhausgas-Minderungspfade an eine neue Zielmarke anzupassen. Statt wie bisher für das Jahr 2050 plant man nun den klimapolitischen Zielkorridor zur Erreichung von „Netto-Null“-CO2-Emissionen zwischen 2030 und 2040. Was macht Sie zuversichtlich, dieses ambitionierte Ziel zu erreichen?

Wir haben ja nicht nur unsere Ziele verschärft, sondern auch unsere Maßnahmen verbessert. Natürlich beschränkt sich unser Einfluss als Stadt auf einen kleinen Teil all dessen, was die Klimaentwicklung ausmacht. Dahinter steht eine Vielzahl von individuellen Entscheidungen: Wann rüste ich meine Heizung um? Wie treffe ich meine täglichen Mobilitäts- und Einkaufsentscheidungen? Wir versuchen aber, unsere Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Anfang dieses Jahres haben wir ein Förderprogramm für Solarenergie gestartet, und schon nach zehn Tagen hatten wir über 150 Anträge. Oder das Thema Wasserstoff: Im Jahr 2032 wird unsere Busflotte ausschließlich über wasserstoffbetriebene Fahrzeuge verfügen.

Die Caritas in Nordrhein-Westfalen hat vergangenes Jahr gefordert, soziale Belange bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen stärker zu berücksichtigen. „Klimaschutz muss sich lohnen. Auch für jene, die wenig im Geldbeutel haben“, hat der Aachener Caritasdirektor Stephan Jentgens erklärt, Umweltpolitik brauche den „Sozial-Check“. Was tun Sie, um diesen Check zu bestehen? Gerade zwischen dem ärmeren Essener Norden und dem wohlhabenderen Süden unterscheiden sich die sozialen Voraussetzungen zum Teil ja erheblich voneinander.

Schadstoff- und Lärmprobleme, die zu gesundheitlichen Schäden führen, beobachten wir in der Tat eher in Wohnungen, die sehr günstig sind, die im Zweifel an vielbefahrenen Straßen liegen und überwiegend von sozial Schwächeren genutzt werden. Umweltgerechtigkeit ist ein wichtiges Thema, und das ist einer der Gründe, warum wir als Modellstadt bei dem Projekt „Trans City“ mitmachen, das von der Hochschule RheinMain gemeinsam mit dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie durchgeführt und von der Stiftung Mercator gefördert wird. Es will einen Diskurs zwischen den verschiedenen Stadtteilen befördern, um das Gemeinschaftsgefühl und den Klimaschutz voranzubringen.

Wie soll das geschehen?

Wir wollen den ökologischen Fußabdruck verschiedener Stadtteile und -strukturen ermitteln. Dabei lautet unsere Ausgangshypothese, dass nicht die sozial herausgeforderten Stadtteile im Essener Norden den größten ökologischen Fußabdruck hinterlassen, sondern die im Süden mit ihren großen Einfamilienhäusern und mehreren Autos pro Haushalt. Andererseits dürfte unsere Solarförderung überwiegend im Süden abgegriffen werden, weil die

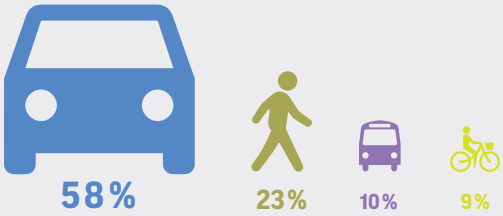
Bitte umsteigen

Auf dem Weg ins klimaneutrale Ruhrgebiet waren zuletzt einige Fortschritte zu verzeichnen. Ein Bremsfaktor bleibt die Liebe des Reviers zum Automobil.

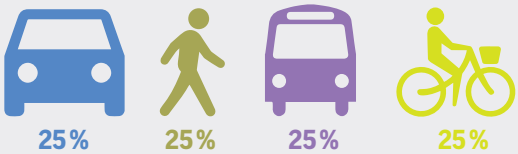
Pkws in der Pole Position

Anteil der Verkehrsmittel an der Gesamtnutzung in der Metropole Ruhr

2017:

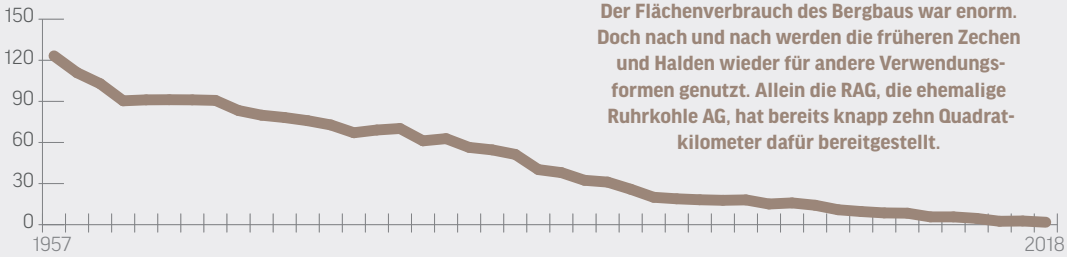


Mögliches Ziel:



Bergab

Steinkohleförderung in der Metropole Ruhr in Mio. t

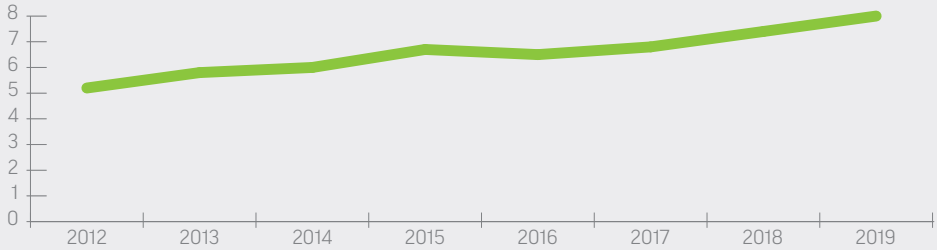


10 km²

Der Flächenverbrauch des Bergbaus war enorm. Doch nach und nach werden die früheren Zechen und Halden wieder für andere Verwendungsformen genutzt. Allein die RAG, die ehemalige Ruhrkohle AG, hat bereits knapp zehn Quadratkilometer dafür bereitgestellt.

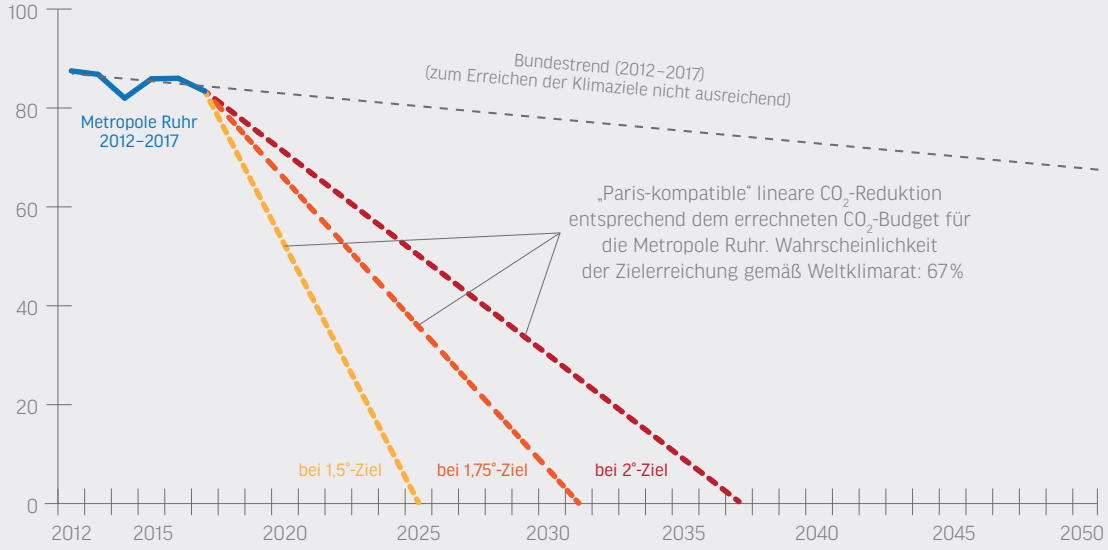
Grüne Welle

Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch in der Metropole Ruhr in Prozent



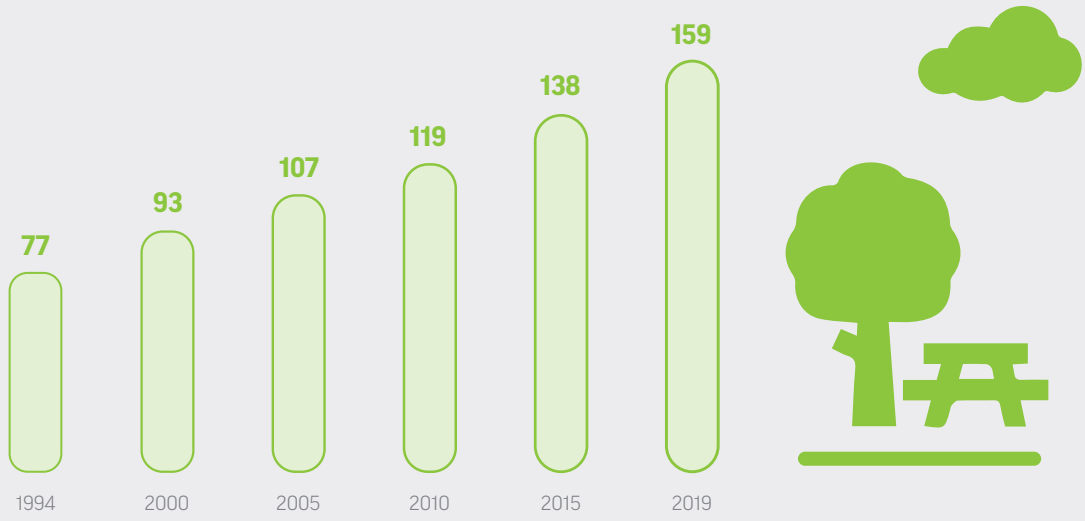
Besser als der Bund

Treibhausgasemissionen in Mio. t CO_2



Gute Erholung

Parks und andere öffentliche Grünanlagen in der Metrope Ruhr in km²



Einrichtung von Photovoltaik-Anlagen auf den Miets- und Mehrfamilienhäusern des Essener Nordens immer noch eine ausgesprochen komplizierte Angelegenheit ist und die Mieter das gar nicht für sich selbst entscheiden können.

Wie sieht das Feedback aus, das Sie aus der Bevölkerung bekommen, wenn es um die Frage geht: „Wer soll das bezahlen?", also darum, Nachhaltigkeitsziele sozial verträglich zu gestalten?
Ich würde bestreiten, dass das ein reiner Kostenfaktor ist. Klimaschutz ist perspektivisch etwas, das Kosten einspart und insofern gut investiertes Geld ist. Wenn solche größeren zukunftsträchtigen Investitionen stattfinden wie der Emscher-Umbau, die Schaffung einer Infrastruktur für die Verkehrswende oder der Bau klimaneutraler Schulen, dann erleben wir keinen grundsätzlichen Widerstand, eher eine verhältnismäßig große generelle Zustimmung.

Soziale Gerechtigkeit ist einer der Schwerpunkte der Essener Nachhaltigkeitsstrategie, die Ende September des vergangenen Jahres verabschiedet wurde. Worum geht es da ansonsten?
Diese Strategie geht auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zurück, die allgemeinverbindlich für alle Länder auf der Erde gelten. Sie unterscheidet sich vom Ansatz der „Grünen Hauptstadt". Neben der sozialen Gerechtigkeit haben wir hier eine breite Themenpalette von lebenslangem Lernen über Gesundheit bis hin zur Friedenspolitik. Wir möchten einen Klimapakt schließen, an dem sich

Strampeln fürs Weltklima: Der Radschnellweg Ruhr RS 1 (hier: im Essener Krupp-Viertel) wird nach seiner Fertigstellung auf gut 100 Kilometern zehn Städte zwischen Duisburg und Hamm miteinander verbinden.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

„Wir erleben in der Essener Bevölkerung eine verhältnismäßig große Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen“

mindestens 100 Unternehmen beteiligen, wir wollen neue Wohnformen, neue Begegnungsstätten fördern und eine integrierte Gesundheitsversorgung schaffen.

Beim Weltklimagipfel in Glasgow wurde erneut deutlich, dass Städte und Kommunen mehr Mitsprache beim Klimaschutz fordern. Auch die Stadt Essen ist Mitglied des Netzwerks „Global Covenant of Mayors for Climate & Energy“. Was können Städte und Kommunen gemeinsam in der Klimapolitik leisten, das auf anderer Ebene nicht möglich ist?

Zunächst einmal können wir als Städte in Deutschland und international viel voneinander profitieren – indem wir positive Beispiele austauschen, aber auch über die berühmten „Don’ts“ sprechen, über Gefahren und Fallstricke. Denn die grundsätzlichen Herausforderungen sind überall ähnlich. Außerdem können wir gemeinsam Lobbyarbeit für unsere Klimaneutralitätsziele betreiben; umsetzen können wir das als Städte natürlich nur, wenn alle staatlichen Ebenen mitspielen. Und es gibt eine ganze Reihe von Themen, die nur stadtübergreifend, also regional gelöst werden können. Der Verkehr hört ja nicht an der Stadtgrenze auf, denken Sie nur an die vielen Pendler. Ähnlich verhält es sich bei der Energie: Unser Fernwärmesystem läuft auch über die Stadtgrenzen hinaus, es ergäbe überhaupt keinen Sinn, wenn jeder für sich dazu Pläne machte.

Die französische Partnerstadt Essens, Grenoble, ist in diesem Jahr „Grüne Hauptstadt Europas“. Inwieweit tauschen Sie sich aus?

Wir haben Grenoble auf dem Weg zu diesem Titelgewinn intensiv begleitet und unsere Erfahrungen mit ihnen geteilt. Wir können aber auch umkehrt einiges von Grenoble lernen, insbesondere beim klimaneutralen Bauen und in Sachen Verkehrswende. Wir tauschen uns auf vielen Ebenen aus, von Verwaltung zu Verwaltung, zwischen Schulen, unter Fachexperten oder zwischen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Wir planen derzeit, gemeinsam EU-Förderprojekte durchzuführen. Das wird dieses Jahr noch ausgesprochen spannend werden.

Unternehmen wir am Ende unseres Gesprächs noch eine Reise 60 Jahre in die Zukunft: Wenn Sie heute ins Essen des Jahres 2082 reisen würden: Was hoffen Sie, dort zu sehen und zu erleben?

Erst einmal möchte ich mir eine noch grünere Stadt wünschen, und dann ein geändertes Mobilitätsverhalten. Ich erhoffe mir eine sehr leise Stadt, in der man seine Ziele überwiegend mit dem Fahrrad oder zu Fuß erreichen kann. Ansonsten bin ich gespannt, wie die klimaneutrale Stadt tatsächlich aussieht. Denn die werden wir dann geschaffen haben müssen. IP

Das Interview führten Robert Schirmer und Joachim Staron.

Stadt, Land, Welt

Deutschlands Außen- und Entwicklungspolitik muss die Kommunen stärker in ihre Arbeit einbeziehen, sonst verliert sie den Anschluss – nach außen wie nach innen.

Von Martin van der Pütten

Deutschland hat über 2000 Städte, sie sind Orte der internationalen Vielfalt. In einer Großstadt wie Dortmund leben Menschen aus 178 Nationen. Städte entwickeln sich dynamisch, sie sind gezwungen, die zentralen Probleme unserer Zeit zu lösen – und das möglichst schnell. Bei allen Unterschieden in Sachen Wirtschaft, Geografie oder soziale Situation haben Städte weltweit ähnliche Probleme. Klimawandel, Corona-Pandemie, der Zugang zu Bildung, Integration, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit: All das sind zugleich lokale wie auch grenzüberschreitende Herausforderungen. Da Städte daneben auch ganz unmittelbar von außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen betroffen sind, werden sie nicht umhin kommen, die internationale Zusammenarbeit noch stärker in den Fokus ihrer Arbeit zu stellen.

Wenn von Städtediplomatie („Urban Diplomacy“) die Rede ist, dann konzentriert sich die Diskussion häufig auf das Thema Städtepartnerschaften. Begründet im Gedanken der Völkerverständigung, der Freundschaft und des Austauschs, sind diese Partnerschaften Grundlage für vernetztes Handeln und Stabilität. Unter Einbeziehung einer engagierten Zivilgesellschaft sind sie im internationalen Austausch der Städte nicht mehr wegzudenken. Doch ist eine bloße Weiterentwicklung dieser Städtepartnerschaften geeignet, kommunale Außenbeziehungen auf eine andere Ebene zu führen?

Lokale Fragen global behandeln

Dortmund geht mit seiner kommunalen Außenpolitik über die Grenzen der Städtepartnerschaften

hinaus. Die Stadt zählt zusätzlich zu ihren neun Städtepartnerschaften fünf strategische Partnerschaften mit verschiedenen Städten weltweit. Diese Projektpartnerschaften sind keine formellen Zusammenschlüsse, sondern fokussiert auf ausgewählte Themen.

Inspiriert sind sie durch lokale Fragestellungen. Nehmen wir das Beispiel Klima: Im Rahmen der 2008 von der Bundesregierung ins Leben gerufenen transatlantischen Klimabrücke erörtern in einer trilateralen Kooperation die Städte Dortmund, Vancouver (Kanada) und Pittsburgh (USA) klimapolitische Fragen wie Innenstadtmobilität, Ernährungspolitik und Energienutzung der Zukunft. Einen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Austausch zu Klimafolgenanpassung und Resilienz pflegen wir mit der rumänischen Stadt Cluj-Napoca. Weitere Klimapartnerschaften bestehen mit den Städten Kumasi in Ghana und Dabola in Guinea.

„Wenn Nationalstaaten nicht mehr miteinander reden, handeln die Städte", ist eine in diesem Kontext oft genannte Formel, die heute aber der Aktualisierung bedarf. Städte pflegen Partnerschaften über Jahrzehnte hinweg – auch, wenn die Beziehungen zwischen den Staaten gut sind. Nur so lassen sich die Grundlagen dafür legen, dass die Partnerschaften auch dann funktionieren, wenn es auf der zwischenstaatlichen Ebene knirscht.

So ist etwa der kommunale Austausch zwischen deutschen und amerikanischen Städten gerade in den Jahren der Trump-Präsidentschaft ausgebaut worden. Vertreter der Stadt Dortmund reisten 2018 nach Buffalo, Pittsburgh und New York City, um die Kooperation mit den Städten wieder auf eine solide Basis zu stellen. Die Städtepartnerschaft mit Rostow am Don (Russland) existiert seit über 40 Jahren und wird immer wieder mit Leben gefüllt – trotz aller Widrigkeiten auf nationaler Ebene.

Internationale Kooperationen zwischen den Städten funktionieren weitgehend unabhängig von Ideologien und politischen Lagern. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieser Welt agieren häufig unabhängig und über Parteigrenzen hinweg. Sie stehen grenzüberschreitend nicht im Wettbewerb. Zudem beanspruchen sie keine geopolitische Macht – anders als es die Vertreter der nationalen politischen Ebene tun.

Außenpolitik im Alltag

Die Stadt Dortmund, kürzlich zur „Innovationshauptstadt Europas" gekürt, folgt dem Leitgedanken, dass Städtediplomatie Motor von Innovationen ist. Dafür stehen nicht nur die erwähnten Projektpartnerschaften, sondern auch die Mitarbeit in Städtenetzwerken wie Eurocities und die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen.

Daneben ist Städtediplomatie ein strategisches Werkzeug, um den eigenen Standort attraktiver, besser und lebenswerter zu machen. Dortmund möchte als innovative europäische Großstadt auf der internationalen Landkarte verortet werden. An Themen für den Austausch mangelt es dabei nicht: Entwicklungs-, Wirtschafts- und Standortpolitik, wissenschaftlicher Austausch, interkulturelle Zusammenarbeit, Migration, Klimawandel, Menschenrechte, kommunale Dienstleistungen, Bildung, Sport, Gesundheit, Digitalisierung, europäische Politik und transatlantische Beziehungen.

Um diese Vielzahl an Themen im Alltag zu organisieren, hat man ein Büro für Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund geschaffen, das im Amt des Oberbürgermeisters angesiedelt ist. Das Team von elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Martin van der Pütten
ist Leiter des Büros für Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

begleitet darüber hinaus internationale Konferenzen, aber auch Großveranstaltungen wie die Europameisterschaft 2024 in Dortmund oder die Internationale Gartenschau 2027. Als erste Stadt in Deutschland hat Dortmund seit 2020 zudem einen Koordinator für globale Städtediplomatie, der die Themen Mitarbeit in internationalen und kommunalen Verbänden und Gremien, die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und strategische Projektpartnerschaften betreut.

Durch die Vernetzung mit anderen Städten und in den Netzwerken sieht es das Büro für Internationale Beziehungen auch als seine Aufgabe, Trends und Innovationen in der Welt zu erkennen und auf die Arbeit der Verwaltung zu übertragen. Dafür wurde etwa der „Urban Dialogue Dortmund“ eingerichtet. Hinzu kommen Sprachkurse oder eine verwaltungsinterne Vorlesung, die „Urban Diplomacy Lecture“. Hierbei berichten Gäste aus der ganzen Welt von ihren Erfahrungen. Gezielt suchen wir zudem den Kontakt zu den Institutionen der Stadt, ob Wirtschaft, Sport, Kultur, Jugend, Wissenschaft oder Gesellschaft – wir begleiten und beraten bei Internationalisierungsvorhaben und internationalen Aktivitäten in der Stadt.

Innen und außen zusammendenken

Dass Oberbürgermeister in Deutschland eine starke Stellung haben, hat sich weltweit längst herumgesprochen. Regierungsvertreter und Botschafter besuchen in wachsendem Maße auch die Vertreter der Städte, und nicht selten werden dabei auch innerstaatliche Konflikte und Krisen in die Kommunen hineingetragen, seien es Menschenrechtsdiskussionen mit China und Russland oder die vergangenheitspolitische Debatte zwischen Japan und Südkorea.

Auch die deutsche Außenpolitik ist gefordert, Städtediplomatie als strategisches Werkzeug einzusetzen. Leider ist eine formelle Integration der Städte in den Prozess der G7-Präsidentschaft Deutschlands bislang nicht vorgesehen, obwohl die Schwerpunktthemen – Klimakrise, Multilateralismus, Stärkung der Demokratie – sich eng mit kommunaler Arbeit verknüpfen ließen.

Städtediplomatie muss eine Ergänzung der bestehenden nationalen diplomatischen Werkzeuge sein

Natürlich, Außenpolitik ist originär Sache des Bundes. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes und durch das Grundgesetz geschütztes Gut. Die Städte sind den Ländern zugeordnet. Außenpolitische Verpflichtungen dürfen durch die kommunale Ebene nicht untergraben werden. Städte werden sich gewiss nicht an den Verhandlungen zum INF-Abrüstungsvertrag beteiligen. Dennoch sollten sie bei Projekten wie der Seidenstraße oder Nord Stream 2 nicht nur mitdiskutieren dürfen; sie können sie auch über lokalpolitische Entscheidungen vor Ort beeinflussen.

Städtediplomatie muss eine Ergänzung der bestehenden nationalen diplomatischen Werkzeuge sein. Ein bloßes „Nebeneinanderher“ muss unbedingt vermieden werden. Und: Städte und ihre Verantwortlichen sind nicht der Nabel der Welt. Städte brauchen Zusammenarbeit und kein „Schneller, höher und besser“

Zu Gast bei Freunden in der Welt: Wegweiser mit Partnerstädten Dortmunds.

um jeden Preis – eher einen gesunden Wettbewerb, der Innovationen fördert.

Diskrete Debatten

Gerade heikle Themen wie Menschenrechte, Demokratieverständnis oder atomare Abrüstung eignen sich besonders, um sich über Grenzen hinweg mit anderen Städten zu vernetzen. Der von den Städten Hiroshima und Nagasaki begründete Zusammenschluss „Mayors for Peace“ – über 8000 Mitglieder weltweit, davon über 700 aus Deutschland –, der sich gegen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen einsetzt, ist ein gutes Beispiel dafür. Oder der „Pact of Free Cities“, der, ausgehend von den Städten Prag, Bratislava, Warschau und Budapest, zeigt, wie Städte dem Populismus und antieuropäischen Tendenzen ihrer Regierungen gegenübertreten können. Gerade über eine mögliche Missachtung von Menschenrechten lässt sich innerhalb der Rathäuser diskret sprechen, ohne gleich eine Staatskrise auszulösen.

Bei der Bewältigung der Corona-Pandemie haben Städte sehr erfolgreich zusammengearbeitet

Ein weiteres gelungenes Beispiel einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Städte ist die Corona-Pandemie. Rasch wurde der internationale Austausch virtuell organisiert: Umgang mit Flucht- und Migrationsherausforderungen, Probleme des öffentlichen Personennahverkehrs, Aufnahme von Patienten aus anderen Städten. Finanzielle Soforthilfen wurden organisiert. So hat etwa das Wissenschaftsnetzwerk iKEN Expertinnen und Experten aus Städten darüber diskutieren lassen, mit welchen innovativen Ansätzen europäische Städte auf Corona reagiert haben.

Das Städtenetzwerk Eurocities hat zu Beginn des ersten Lockdowns auf seiner Website nachahmenswerte Beispiele von Kommunen im Kampf gegen die Pandemie veröffentlicht. Auch die Zusammenarbeit mit der Bundesebene hat hier funktioniert: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat ein kommunales Solidaritätspaket zur Verfügung gestellt, aus dem Städte Gelder für ihre Projektpartnerschaften unkompliziert beantragen können.

Ernstfall der Demokratie

Kurz: Es wird Zeit, im Mehrebenensystem umzudenken und die Möglichkeiten anzuerkennen, die Städtediplomatie bietet. Der Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen 2021–2025“ gibt der neuen Bundesregierung den Auftrag dazu. Darin heißt es: „Wir stärken die Beziehungen zwischen den Städten und bauen Urban Diplomacy aus.“ Der Bund ist damit in der Pflicht, die Städte in die außenpolitische Arbeit zu integrieren.

Die Grundlagen dafür sind in den vergangenen Jahren gelegt worden, etwa bei der erwähnten transatlantischen Klimabrücke oder den Städtepartnerschaftskonferenzen von Auswärtigem Amt, Deutschem Städtetag und dem Verband Türkischer Kommunen in den Jahren 2020 und 2021. Derzeit wird ein Aktionsplan zwischen Italien und Deutschland erarbeitet, in dem auch Städtepartnerschaften Eingang finden sollen. Im Rahmen des AA-Projekts „Urban Diplomacy Exchange“ soll der Fach- und Netzwerkaustausch der Kommunen zwischen der Oberbürgermeister- und der Fachebene in den Vereinigten Staaten und Deutschland gefördert werden.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Stadion-Diplomatie: Neben internationalen Konferenzen begleitet das Büro für Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund auch Großveranstaltungen wie die Fußball-Europameisterschaft 2024.

Um Städte künftig in Deutschlands außenpolitischer Strategie zu verankern, seien hier fünf Schritte genannt. Zunächst geht es um die Einbeziehung in die tägliche Arbeit und Strukturen. Ganz pragmatisch hieße das, ein Forum von Bund, Land und Kommune einzurichten, in dem sich die Mitarbeitenden dieser Ebenen monatlich zu außenpolitischen Themen austauschen und die Ergebnisse in ihre tägliche Arbeit einfließen lassen. Dadurch wird eine formalisierte Beteiligung der Städte an der Willensbildung des Bundes in außen- und entwicklungspolitischen Fragen gewährleistet.

Zweitens müssen Städte in Austauschs- und Besuchsreisen konkret eingebunden werden. Bei internationalen Konferenzen wie dem Weltklimagipfel sollten sie mit am Verhandlungstisch sitzen und nicht nur „stille Teilnehmer“ sein. Zur Wirtschaftsdiplomatie sollte eine Städtediplomatie hinzukommen.

Drittens gehört ein Modul zur Städtediplomatie in die Ausbildung des akademischen Dienstes des Auswärtigen Amtes. Umgekehrt könnten Städte ihre Nachwuchskräfte ein Modul im Bereich internationale Beziehungen, Protokoll oder Städtepartnerschaften absolvieren lassen. Viertens sollte ein Job-Austausch etabliert werden: Mitarbeiter des Außen- und Entwicklungsministeriums hospitieren in den Kommunen und vice versa. Und schließlich brauchen wir in den Kommunen Stellen, mit deren Hilfe sich die außenpolitische Arbeit in den Städten professionalisieren lässt und mittel- und langfristig „Städtediplomatinnen und -diplomaten“ ausgebildet und etabliert werden können.

„Die Kommunen sind der Ernstfall der Demokratie“, hat Johannes Rau einmal gesagt. Der Ernstfall liegt im 21. Jahrhundert auch vor den Toren der Kommunen und damit in der globalen Verantwortung aller. Wenn Deutschland seine Herausforderungen mit Aussicht auf Erfolg angehen will, dann wird das nur unter Einbezug von Bund, Land und Kommune gelingen. Oder, um es in Anlehnung an einen anderen berühmten Sozialdemokraten zu formulieren: „Mehr Ebenen wagen“.

Wir erleben in der Corona-Pandemie in Teilen der Bevölkerung eine Vertrauenskrise in politische Institutionen. Es wäre an der Zeit, kommunale, Landes- und nationale Politik stärker miteinander zu verbinden, um gegenseitiges Vertrauen zu stärken. IP

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Leitung und Konzept
Dr. Joachim Staron

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Anna Lena Borgstedt, Lisa Marie Rumpf, Robert Schirmer

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP
Dr. Thomas Enders, Präsident
Rolf Nikel, Vizepräsident
Georg Graf Waldersee, Schatzmeister
Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndika
Dr. Thomas Bagger
Joanna Klever, Junge DGAP
Geraldine Schroeder
Prof. Dr. Daniela Schwarzer
Marcus Wassenberg
Martin Bialecki, Chefredakteur IP
Dr. Thorsten Klaßen, COO

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Druckerei
FROMM + RASCH GmbH & Co.KG
Breiter Gang 10-16 | 49074 Osnabrück

Pressevertrieb
IPS Pressevertrieb Hamburg GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise
mehrmals jährlich

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Special	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studierendenabonnement	73,00 €
Studierendenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten rund um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP erreichen Sie uns unter:
IP Abonnentenservice
PrimaNeo GmbH & Co. KG
Postfach 104040
20027 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38
Fax: +49 (0)40 23 67 03 01
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?
Die Mitgliederbetreuung, die für die Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist, erreichen Sie unter:
DGAP e.V.
Mitgliederbetreuung / Dr. Steffen Zorn
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 205
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
zorn@dgap.org

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. Februar 2022
www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/11834-2201-1007

Bildnachweis

Cover: iStock/ewg 3D; S.1: Cartoonstock/ Mike Turner; S.3: picture alliance / dpa I Friso Gentsch ; S.4-5: picture alliance / blickwinkel/H. Blossey I H. Blossey; S.8: picture alliance / blickwinkel/S. Ziese I S. Ziese; S.10: Laura Grier/robertharding/laif; S.13: picture alliance / blickwinkel/S. Ziese I S. Ziese; S.21, oben: Jochen Eckel/SZ Photo/laif; unten: picture alliance / dpa I Daniel Naupold; S.24, rechts: picture alliance / Xinhua News Agency I Tang Yi; links: picture alliance / ZB/ euroluftbild.de I euroluftbild.de/Hans Blossey; S.28: picture alliance / Zoonar I Stefan Ziese; S.28-29: iStock / Tomeyk; S.29: picture alliance / Rupert Oberhäuser I Rupert Oberhäuser; S.33: Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt; S.40: picture alliance / Jochen Track I Jochen Track; S.44: picture alliance / Zoonar I Barbara Boensch; S.47: picture alliance / SvenSimon I Elmar Kremser/ SVEN SIMON

Quellennachweis

S.2: Regionalverband Ruhr (RVR)
S.16-21: Regionalverband Ruhr (RVR) auf Basis von Daten von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
S.38; oben: Mobilität in Deutschland (MiD), Regionalverband Ruhr (RVR); Mitte: Kohlenstatistik; unten: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV), Regionalverband Ruhr (RVR)
S.39, oben: Regionalverband Ruhr (RVR); unten: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Handelsblatt Research Institute